

Dresdner Volkszeitung

Geschäftsstelle: Leipzig.
Sachen & Rente, Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bonifacio:
Gehr. Bernhard, Dresden.

Abo- und Abrechnungspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Lust und Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen auf 4.50 M., unter Dresden für Deutschland und Schlesien ab 7.10. Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftsstelle von 5 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7 gelöschte Seite mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gerechnet, ebenso auf Vereinseigentum. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im vorne zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 230.

Dresden, Mittwoch den 2. Oktober 1918.

29. Jahrg.

Der bulgarische Waffenstillstand.

General Jekow für Fortsetzung des Kampfes.

Ein französischer Junctivschluss vom 29. September meldet, dass in der jüngsten Nacht zwischen den bulgarischen Abgeordneten und dem Hauptquartier der Orientarmee in Saloniki der Waffenstillstand unterzeichnet worden ist. Es sei auf der ganzen Front der Reich ergangen, die Feindseligkeiten einzustellen. Über die Bedingungen des Waffenstillstands berichtet schon eine Amsterdamer Meldung. Weiteres siehe jetzt aus London gemeldet:

London, 30. September. Wie Reuterbericht erläutert, ist der bulgarische Waffenstillstand sofort in Kraft getreten und bleibt bis zum Abschluss der Friedensverhandlungen in Kraft. Er ist rein militärischer Natur und wird von einem französischen General und nicht von Diplomaten abgeschlossen. Unter ihnen bestimmen befinden sich u. a. soziale Verbesserungen der besetzten Teile Griechenlands und Serbiens, sofortige Demobilisierung der Armee und Rückgabe der Transportmittel aller Art an die Alliierten. Die Alliierten erhalten freien Durchzug durch Bulgarien und werden Punkte von strategischer Bedeutung besetzen. In Bulgarien selbst wird diese Besetzung durch englische, französische und griechische Truppen durchgeführt werden, während die griechischen Verbündeten durch griechische, die serbischen durch serbische Truppen besetzt werden sollen. Territoriale Aenderungen am Ende des Krieges werden mit seinem Wort erwähnt.

Die Unterzeichnung des Waffenstillstands ist zwar den Regierungen der Centralmächte von Sofia aus noch nicht bestätigt worden, aber an der Richtigkeit der Meldung ist nicht zu zweifeln. Bulgarien ist damit in eine seltsame gewachsene Lage geraten: seine Regierung hat Waffenstillstand geschlossen, der König dagegen verzichtete noch vor einigen Tagen einen bisherigen Bundesgenossen weitere Bündestreue, in Zukunft hat noch nicht geäußert und mindestens ein Teil der Generalität scheint auch bestimmt gegen den Vertrag zu sein. So hat nach einer Meldung des Berliner Lokal-Anzeigers der in Wien weilende bulgarische Generalissimus Jekow einem Budapestener Blatte erläutert, er habe an seine Kapitulation ein Telegramm gerichtet, in dem er gegen den Schritt Malinows energisch protestiert und erklärt, dass er sich als Generalissimus mit der Regierung nicht solidarisch fühle. Er habe darauf hingewiesen, dass Bulgarien weit stärker bleiben würde, wenn es an der Seite der Verbündeten kämpfen könnte, als wenn es sich isoliert; er habe die Regierung aufgefordert, den überreichten Schritt rückgängig zu machen und die Verhandlungen abzubrechen.

Jekow weilt seiner gesundheitlichen Wiederherstellung wegen in Wien, weshalb sein Protest als Generalissimus zunächst sehr plausiblen Wert hat. Wenn er wieder auf seinen Posten zurückkehren kann, dürfte ein Zurücktreten der bulgarischen Armee unmöglich sein. Wahrscheinlich wird jetzt Bulgarien Kriegsgebiet. In Sofia wie in der Gegend von Sofia sind britische, deutsche und österreichische Verbündeten eingerottet, und es konzentriert den Wirrwarr der Situation, das aus Sofia über Rom aufgetragen wird, die südlich der Hauptstadt festgefundene haben sollen, ohne das zunächst etwas darüber verlautet, zwischen welchen kriegerischen Partien diese Kämpfe ausgefochten wurden. Wahrscheinlich handelt es sich bereits um Zusammenstoß zwischen deutsch-österreichischen und gegnerischen Truppen. Auch nach den Andeutungen der von Regierungsspitze informierten Norddeutschen Allgemeinen Zeitung muss man damit rechnen, dass die Truppen der Zentralmächte in Bulgarien und Serbien weiterkämpfen und die Arde zur Türkei hinunter, die Bahnlinie Wien-Sofia-Konstantinopel, bis zum äußersten verteidigen werden. Wie sich damit die bulgarische Armee absindet wird, ist bei der Unklarheit der Situation nicht vorauszusehen. Wahrscheinlich wird hier die jener demoralisierende Geist gekommen sein, der die russischen Truppen kurz vor den Verhandlungen von Brest-Litowsk befreite, wie überaupt die bulgarische Situation mit der damaligen russischen viel Ähnlichkeit hat.

Für die Centralmächte bedeutet der Absatz Bulgariens keine Belastungen, für ihre Truppen neue Anstrengungen. Die nördliche Front im Süden verbreitert sich ins bulgarische Gebiet hinunter. Aus dem Siedlungskrieg ist der Bewegungskrieg geworden. Es gibt für Feldherrenkantone allerhand Erfolgsmöglichkeiten, aber trotzdem darf man sich nicht darüber hinwegtäuschen, dass selbst bei glänziger Abwehr des buntfarbenen Ententeantwurfs für die Centralmächte eine unbeschreibbare Situation im Süden entstanden ist. Militärisch werden die Stände, den gegnerischen Vormarsch auf dem Balkan zunächst zum Stehen zu bringen, um dem Gegner auch im Süden zu beweisen, was ihm durch die neuen schweren Angriffe im Westen bewiesen wurde: dass der Wall hält und der Stich ins Herz Deutschlands oder Österreichs weitere schwere Rückschläge und zwecklose Opfer kosten müsste. Wer musste nicht, dass aus dem bulgarischen Waffenstillstand die

Abwehr feindlicher Angriffe in der Champagne und bei Cambrai. St. Quentin vom Feinde besetzt.

wib. (Amtlich) Großes Hauptquartier, den 2. Oktober 1918.

Wesentlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern, beiderseits von Cambrai und in der Champagne wachten wir heftige Angriffe des Feindes ab. In der Abendnacht nahmen wir den Ort des Ortes wieder.

Nördlich von Reims zeigte sich das südliche Reserve-Grenadier-Regiment 100 unter Führung des Oberstleutnants von Egidy ganz besonders aus. Auch das Infanterie-Regiment Nr. 132 unter Führung des Majors Raabe hat hier bei den letzten Kämpfen besonders geleistet. Feindliche Angriffe südlich von La Bassée wurden abgewiesen.

Der fünfte Tag der Schlacht um Cambrai endete wiederum mit einem vollen Misserfolg für den Feind. Nördlich von Sancourt schlugen schlesische und kurhessische Regimenter schmale Angriffe des Feindes ab. Weiter südlich drang der Feind vorübergehend über Abancourt, Vastigny und südlich von Blecourt auf Cuivres vor. Unser Gegenangriff, bei dem sich das Inf.-Reg. 55 wiederum besonders auszeichnete, warf den Feind über Abancourt und Vastigny hinaus zurück und befretete die tapferen württembergischen Verteidiger von Blecourt aus der Umsturzung durch den Feind. Bei und südlich von Cambrai brachten Regimenter der bewohnten 3. Marine-Infanterie-Division sowie schleswig-holsteinische, brandenburgische und bayerische Regimenter den feindlichen Angriff zum Scheitern. Rumilly blieb in Feindeshand.

Heeresgruppe Bochum:

Zwischen Le Cateau und der Oise verließ unsre Front seit vorletzter Nacht östlich an St. Quentin vorbei nach Berthecourt an der Oise. Wegen der Abschneidung von Etain-Zoucourt-Lesdin entwickelten sich im Laufe des Tages heftige feindliche Angriffe. Beiderseits des Seine drang der Feind ein. Gegenangriffe österreichischer und polnischer Divisionen unter persönlicher Führung des Divisionskommandeurs Ge-

Waffenruhe aller Fronten vorwiegend und die Städte und Märkte zusammenfinden? Doch Bonar Law und Balfour mit ihren neuesten Reden, die Ententeblätter mit ihren neuesten Situationsberichtungen lassen keinen Zweifel darüber, dass die Feinde auf die völlige Niederwerfung der Centralmächte hinen zu hoffen.

Da gibt es nun bei uns für die drinnen und die draußen keine andre Wahl, als die Zähne zusammenzubeißen und auszuhalten, bis sich die Vertreter einer deutschen Demokratie mit der Aussicht auf einen für uns annehmbaren Frieden an den Verhandlungstisch setzen können.

Jekows Urteil.

In dem obenerwähnten Interview erklärte der bulgarische Generalissimus zur Frage: „Die Öffnungs unter Feind ist keine mehr einen politischen als einen militärischen Charakter.“ Es ist klar, dass nur verhältnismäßig kleine Truppenverbände den Vormarsch in diesem Tempo durchführen können, und das die militärische Lage unter Feind mit jedem Kilometer, den weiter zurücklegen, an Unsicherheit zunimmt. Die Truppen, die unsre Verbündeten bereits ins Feld gebracht haben, die Hilfe, die sie uns weiter zugesagt haben, reichen nicht nur aus, den Feind aufzuhalten, sondern auch ihn wieder zurückzudrängen. Angesichts zweiter ich nicht daran, dass es uns mit Hilfe unserer Verbündeten möglich sein wird, die Sache wiederherzustellen.

„Ich bin überzeugt“, sagte Jekow, „dass wir auch die politische Einheitlichkeit auf dem Balkan wiederherstellen können. Jedenfalls glaube ich, dass die Bedingungen, die die Entente stellen würden, sich als unvereinbar mit den Verhältnissen in Bulgarien und der nationalen Ehre Bulgariens erweisen werden. Ich glaube deshalb nicht, dass es zu einer Verständigung mit der Entente kommen kann. Die Entente wird auf keinen Fall einwilligen, dass Deutschland seine Verbindung mit der Türkei aufzubrechen. Sie wird Bulgarien sicher nicht erlauben, neutral zu bleiben. Ansonsten würde ein Friede mit der Entente Bulgarien zum Kriegsschauplatz machen, was das Ende des Balkans bedeuten würde. Ich bin auch der Meinung, dass die Nationalversammlung, die am Montag zusammentritt, die Politik der Regierung nicht billigen wird. Sollte aber Herr Malinow wider Erwarten durch entzündliche Propaganda, durch die die Bevölkerung erreicht wird, in der Bevölkerung eine Meinung für seine Politik finden, dann hätte meines Wissens eine Diffizilität: die wahren Interessen des Landes zu hüten.“

Der Beobachter gab dem Generalissimus zu bedenken, dass ein derartiges Schrift den Krieg gegen Bulgarien zur Folge

hätte. „Die Artillerie warf ihn wieder zurück. St. Quentin, in dem gestern nur noch Erkundungsbataillonen standen, wurde vom Feinde besetzt.“

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Vorpostengeschichte zwischen Ailette und Aisne. Nordwestlich von Reims nahmen wir unsre Truppen von der Weste in rückwärtige Stellungen zurück. Der Feind folgte mit schwachen Abteilungen und stand am Abend in Linie Vanclay-Billers-Granauur.

In der Champagne nahm der Franzose seine einheitlichen Angriffe wieder auf. Sie richteten sich am Vormittag gegen die Front St. Martin-Py bis Monhois und im Laufe des Tages gegen unsre Linie zwischen Somme-Py und Aire. Seine Angriffe sind gescheitert. Letzter Einbruch wurde schon seit Beginn der Schlacht in Front stechenden preußischen und bayerischen Divisionen gezeichnet. Gestern das Infanterie-Regiment Nr. 406 besonders aus. Auch das Infanterie-Regiment Nr. 106 unter Führung des Majors Raabe hat hier bei den letzten Kämpfen besonders geleistet. Feindliche Angriffe südlich von Bapaume wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Gallwitz:

In artilleristischen Angriffsdurchdringungen waren wir den Amerikanern aus dem Argon-Walde und den anschließenden Linien zurück.

Wir schossen gegen feindliche Flugzeuge und 3 Geschosshäuser ab. Hauptmann v. Schleich erkämpfte seinen 30. Auftrag.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Goss die Stahlmauer im Westen ein Loch bekommen, durch das sich der Feind ins Land wälzen kann? Nein! Zeichne die neunte Kriegsanleihe!

Waffenruhe aller Fronten vorwiegend und die Städte und Märkte zusammenfinden? Doch Bonar Law und Balfour mit ihren neuesten Reden, die Ententeblätter mit ihren neuesten Situationsberichtungen lassen keinen Zweifel darüber, dass die Feinde auf die völlige Niederwerfung der Centralmächte hinen zu hoffen.

Der Generalissimus aber war der Meinung, doch es zu einem ersten Sieg gegen den Feind kommen werde. Ich bin überzeugt, dass die überwältigende Mehrheit des Offizierkorps den überwältigten Scheit Malinows ebenso bewirkt.“ sagte General Jekow. „Ganz genügt gilt dies aus von meinem Stellvertreter, dem General Todorow. Der General Todorow, der sich im Auftrag der Regierung zur Führung des Waffenstillstandeverhandlungen nach Sofia begab und den Feind jetzt auf Befehlsweg anführen, ist eine Ausdrucksweise. Wie diesen den Frieden nicht fördern, ist ein Augenblick eines schweren militärischen Misserfolgs schützen, weil wir sonst unten stecken auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sind. So, wie wir den Kampf gemeinsam geführt haben, müssen wir ihn auch gemeinsam beenden!“

Das Eingreifen der bulgarischen Sozialisten.

Nach einer Pariser Meldung der Basler Neuen Röte-Blätter berichtet laut Nationalzeitung die Agence de Paris aus Sofia, dass die Sättigung der sozialistischen Partei Bulgariens bei den Entscheidungen Malinow eine wichtige Rolle spielt. In der Tat hat das Zentralkomitee der sozialistischen Partei am 29. September beim Ministerpräsidenten Malinow vorgesprochen und durchaus bestanden, dass die politische und militärische Sache sofort in der Sitzung zur Diskussion gestellt und Friedensbesprechungen mit den Alliierten eingeleitet würden.

Kriegsfeindliche Kundgebungen in Bulgarien.

Basel, 1. Oktober. (Frankfurter Zeitung.) In Sofia, Philippopol und Ruschuk fanden kriegsfeindliche und antideutsche Kundgebungen statt, wobei die Soldaten mit den Manifestanten gemeinsame Sache machten. Die Deutschen wurden auf den Straßen bestellt.

Der deutsch-österreichische Aufmarsch.

Am Sonnabend, 2. Oktober, das Berliner Tagblatt berichtet: „Die neuen Verstärkungen für die bulgarische Armee sind bereits in großer Anzahl unterwegs. Es verlautet, dass mehrere der noch in Rumänien verbliebenen deutschen Divisionen sich im Raum Rumänien, ebenso eine Divisionsabteilung des Generals Pflanzer, Wallin aus Albanien.“

Ungarische Profeßionen.

Budapest. 30. September. Sämtliche Blätter befürworten die bulgarischen Vorgänge. Der Veltér Blatt fordert: Die Absonderung der bulgarischen Regierung gehört zu den schmerzlichsten Erfahrungen, die der Krieg uns gebracht hat. Sie wird jedoch militärisch überwunden werden und politisch ohne Zweifel an dem festigeführten Bau des Bündnisses der Mittelmächte vorübergezogen. Österreich-Ungarn und Deutschland standen in den schwersten Tagen des Krieges allein. Sie waren hart durch ihre innere Kraft und durch wechselseitige Freundschaft. Wileinander werden sie auch durch die gegenwärtige erste Stunde hindurchstreiten. Altmannsfordert: Die bulgarischen Ereignisse ändern nichts an dem Verhältnis zu Österreich-Ungarn. Nur Kleinmächten und Intrigen können einen Salat darin erblätzen, um zwischen Berlin-Budapest und Wien Zwietracht zu föhren. — U. Hirtel sagt: Aus den vom Verband geschaffenen Bedingungen ist ersichtlich, daß der Sonderfriede, für den Bulgarien sich entschlossen hat, alle ehemaligen Pläne die es Landes vernichten wird. Mit Recht wird hervorgehoben, daß Bulgarien um den Höchstpreis, den es zu zahlen bereit ist, nicht einmal Ruhe erlangen würde und daß nach den Absichten des Verbandes das Land zum Kriegsschauplatz verwandelt würde. Man muß immer daran denken, daß ein Übereinkommen zwischenkommen wird. Indessen liegt die Entscheidung des Weltkrieges im Westen. In Paris und London wird auf einen raschen Sieg gedrängt. Somit muß doch jeden Aufkreis Landes mit einem Sieges erlaufen. Am Ende des furchtbaren Sturmlaufs wird die Erkenntnis dämmern, daß zwischen dem Verbande und den Mittelmächten ein anderer Friede nicht denbar ist als ein Verständigungsfriede.

Budapest, 20. September. Der Präsident des Körpersrats gab heute morgen an der Börse folgende Erklärung ab: Anlässlich des Empfangs von Journalisten durch den Ministerpräsidenten wurden hier bewußtigende Berichte verbreitet, die gezeigt gewesen wären, an der Börse eine Bank hervorzuheben. Als Präsident des Körpersrats rufe ich beim Ministerpräsidenten um eine Audienz nach, um über die Ausdehnung der Getüte eine Auskunft zu erhalten. Der Ministerpräsident erkläre über seine Wisselung an die Journalistischen, daß er sie vorgegeben habe, um sie über die Lage zu unterrichten, die in der Tat infolge der bulgarischen Ereignisse nicht günstig sei. Zur Verübung könne er aber sagen, daß alle Maßnahmen getroffen seien. Was den Börsen betrifft, so bestebe die frühere Friedensgemeinheit auch jetzt noch. Die notwendigen Schritte seien in vollem Einvernehmen mit Deutschland getan worden. Es bestebe aber kein Grund zum Erideten. Er bitte, die in solchen Zeiten umlaufenden ungünstigen Nachrichten behutsam aufzunehmen, denn

die durch amerikanische Ausdehnungen verursachten wirtschaftlichen Schäden seien verhängnisvoll und die auf solche Weise vernichteten Werte niemals zurückzuholen. Die Sicherheit der geschäftlichen Sache liege in ihrem inneren Wert.

Die Balkankämpfe.
Serbischer Generalbericht vom 30. September. Durch ein
längliches Manöver in der Gegend nördlich des Vladikovac nahmen die
Truppen Tserw-Nikola und Janitschien den bulgarischen Truppen an der
Vlachenspitze den Rückzug ab. Wir mobilierten 700 Gefangene und er-
beuteten etwa 20 Kanonen. Gegen Weinen verlor die Feind mit
10 Regimenten Sveti-Nikola zu verteidigen. Wir zwangen ihn
aber, sich in der Richtung nach Korbin zurückzuziehen. Wir stehen
10 Kilometer nördlich von Sveti-Nikola in Richtung auf Velos und
Leskob. Serben und Grangosan nahmen die Höhen, die das linke
Ufer der Vardar überziehen.

Der französische Orientbericht vom 29. September berichtet, dass die auf dem linken Flügel der alliierten Armeen liegenden italienischen, griechischen und französischen Truppen die Verfolgung der feindlichen Koschut auf ihrem Rückzuge nach Silistria fortgesetzt. Am Pausen ist französische Kavallerie und italienische Infanterie eingezogen, während serbische Armeen von französischen und griechischen Truppen unterstützt, ihren Vormarsch auf Kumanovo-Egri-Palens und Schumaja fortsetzen. Weitere östlich möglichen englische und griechische Divisionen Fortschritte in Richtung auf Silistria und Petrik. Am 29. September, um 11 Uhr abends, haben die bevollmächtigten Abgeordneten der bulgarischen Regierung den Waffenstillstand in Saloniki unterzeichnet. Am 30. September, mittags, haben die Heerführer zwischen den bulgarischen Streitkräften und den alliierten Armeen ausgehobt. Am 29. September stand es serbischen, französischen und griechischen Truppen, die Verbindungen der ersten bulgarischen Armee, die am Warbar kämpfte, und die der zweiten bulgarisch-deutschen Armee, die nordöstlich von Monostir im Kampfe stand, abzuschneiden. Am 28. September befreiteten sich englische und griechische Divisionen der feindlichen Distanzstellung am 28. September überquerten Serben den Wardar bei Krinikos. Am 29. September wurde Westküste genommen sowie die feindliche Befestigungsanlage. Schon am 26. September, abends, hatten die Bulgaren um Waffenstillstand und kündigten die Entsendung von Bevollmächtigten an.

Der türkische Rückzug in Palästina.
London, 30. September. Aus Palästina wird berichtet: Eine große türkische Streitmacht kapitulierte bei Gaza südlich Amman. Es wird gemeldet, daß es sich um 10 000 Mann handelt.

ren Dr. v. Krause als Leiter des Reichsjustizamtes, Dr. S. S. er als Unterstaatssekretär im Reichsfinanzamt und Dr. W. K. eitz als Vizepräsident des preußischen Ministeriums, der allerdings kein Sonderabkommen beibehalten hat, der Regierung an, und so, falls die nationalsozialistische Partei sich offiziell nicht an der Abstimmungsbildung beteiligen sollte, in ihren Bemühen verhindern, muss abgenommen werden.

Die Wahlrechtsvorlage im Herrenhaus.

Es wird gemeldet:

In der Sitzung der 17. Kommission des Herrenhauses wurde am Dienstag nach kurzer Ausdrucksreihenfolge unter Ablehnung der National- und Gruppen-Wahlrechte eine leichten, allgemeinen, direkten Wahlrecht nach der Negligentenmethode unter Hinzutigung einer Zusatzstimme für ein Alter von 40 Jahren bestimmt. Die Weiterberatung wurde sodann auf morgen verlegt.

ratifizierung des Wahlrechts gestraubt. Sie haben sie nicht erkennt, daß sie ganz erbärmlich unter den Schlitten kommen, wenn sie weiter verhindern, der Entwicklung sich in den Weg zu stemmen und sie suchen nun wenigstens etwas zu retten. So hat die Herrenhauskommission einen Beschuß in der Wahlrechtsfrage gefaßt, der weit über das hinausgeht, was im Treitaffensenhaus angenommen worden ist. Dort ist natürlich ein ganz reaktionäres Pluralwahlrecht in die Verfassungsvorlage eingefügt worden. Die Herrenhauskommission will, wenn sie sich auch jetzt nicht mehr getraut, weitere Veränderungen des gleichen Wahlrechts vorzunehmen, den Einfluß der bezirklosen Massen durch die Altersabstimmung beeinträchtigen. Die Altersabstimmung bedeutet eine schreitende Ungerechtigkeit gegen die Arbeiterschaft, weil später soltneter als die Angehörigen der bessigenden Klassen das vierzigste Lebensjahr erreichen. Göt zu oft ist die Strafhaft der Arbeiter durch die schädlichen Einflüsse der Bevölkerung, durch Not und Sorgen frühzeitig erwidert. Und deshalb, weil so viele ihrer Angehörigen frühzeitig dahindiehen müssen, soll sich die Arbeiterschaft eine Minderung ihres politischen Einflusses gefallen lassen. Wahrlich, eine methode Summung!

Die Herrenhauskommission will offenbar durch ihren Beschluß die angedrohte Auflösung des Dreiklassenhauses verhindern. Vielleicht denken die Herren: Seit gewonnenen, alles gewonnenen. Kommt es nicht zur Auflösung des Dreiklassenhauses, so müssen die durch das Herrenhaus abgeänderten Verfassungsvorlagen wieder an das Abgeordnetenhaus zurück und wenn dieses wieder etwas daran ändert, so hat das Herrenhaus noch einmal das Wort. Vielleicht ist es die lächerliche Absicht der edlen Herren in Preußen, mit den Vorlagen Fangball zu spielen, damit so das Zustandekommen des gleichen Wahlrechts bereitstellt wird. Man muß erwarten, daß die kommende Regierung sich ein solches Spiel nicht gefallen läßt und den preußischen Parlamenten mit die Wahl unbedingter Annahme des gleichen Wahlrechts und sofortiger Auflösung des Dreiklassenhauses läßt.

Noch keine Lösung der Krise. Pathers Ablehnung.

Nach den neuesten Nachrichten, die vorliegen, ist bisher eine Lösung der Krise noch nicht ausstehende gekommen. Von konservativer Seite ist mit dem Gedanken eines Koalitionskabinetts geworben worden. Selbstverständlich kann sich die Sozialdemokratie darauf unter keinen Umständen einlassen. Ein Zusammenarbeiten mit Westarp und Hindebrand ist für die Sozialdemokratie ausgeschlossen. Außerdem wäre auch mit einem solchen Koalitionskabinett nichts erreicht. Die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer solchen Regierung würde höchstens das Vertrauen, daß die Partei bei den Volksmäßen genieht, erschüttern, und im Ausland würde niemand glauben, daß wirklich in Deutschland Parlamentarismus und Demokratie gezeigt hätten. Ein solches Koalitionskabinett hätte also gar keinen Zweck und würde die Lage unströßendes Landes in seiner Sichtweise verschärfen. Die Kandidatur des Herrn v. Bauer für den Kanzlerposten ist, was man nur beurteilen kann, ironischen endgültig erledigt. Herr v. Bauer hat die Übernahme der Kanzlerschaft abgelehnt und wird wahrscheinlich Vizekanzler bleiben. Wisher ihm sind in letzter Zeit für die Kanzlerschaft noch Tolt und der Prinz Max von Baden genannt worden. Die Kandidatur Tolt soll inzwischen auch erledigt sein. Prinz Max von Baden ist in Berlin eingetroffen und verhandelt mit den Parteien. Das Berliner Tageblatt legt sich sehr entschieden für ihn ein. Wie Graumann im Berliner Tageblatt mitteilt, hat Prinz Max von Baden erklärt, daß er das Amt nur annehme, wenn er das volle Vertrauen der Mehrheit besitzt, und daß er kein Koalitionsministerium, sondern nur ein Mehrheitskabinett bilden könne. Man kann nur hoffen, daß recht bald die Entscheidung fällt, denn die Lage, in der sich Deutschland zur Zeit befindet, ist wirklich nicht so, daß wir uns lange den Durus einer regierungsseligen Zeit leisten können.

Ob dieser Hochsitz auch außenpolitisch in dem erklärten
Rahmen zur Geltung kommen wird, hängt vom Programm und von der
Zusammensetzung der neuen Regierung ab. Und damit betreten wir
wieder ein in diesem Augenblick noch unbestimmtes Gebiet. Einstweilen
kann man nur folgendermaßen gesagt werden: Jede auch nur formelle oder schnelle
Absehung des von der Sozialdemokratie aufgestellten Minde-
stensprogramms und jede Übernahme von Märktern der alten Regie-
rung in die neue würde eine sehr bedauerliche Schwächung der außen-
politischen Aktion bedeuten. In diesem Augenblick nimmt man es als
wahrscheinlich an, daß Herr d. Bayer Nachfolger des Grafen Herrenberg
im Kämmereramt werden wird. Herr d. Bayer hat sich eben erst für die
unbedingte Aufrechterhaltung des Wester Zelebens ausgesprochen.
Im sozialdemokratischen Mindestprogramm aber heißt es, daß der
Freie von West-Piasten sein Hindernis für den allgemeinen Frieden

Würde Herr d. Payer das Kanzleramt übernehmen, so würde er dies, wie wir ihn kennen, in der lokalen Sicht tun, sich auch nach den Richtlinien des Wehrheilsprogramms zu richten. Die Annahme der Kanzlerschaft durch ihn würde an ihm schon bedeuten, daß er den Standpunkt von der Unionsarbeit des Preußischen Friedens aufgäbe. Dieser Standpunkt war auch, wie wir wissen, nicht sein persönlicher, sondern er war das Ergebnis von Vereinbarungen, die zwischen der Regierung Herlitz und der Obersten Heeresleitung getroffen worden waren. Das Bekenntnis zur Revolutionsbedürftigkeit des Preußischen Friedens würde also für ihn durchaus kein Opfer der Überzeugung sein.

Das Ausland, auf das es in diesem Falle aber doch auch ein wenig ankommt, kennt Herrn d. Payer nicht so gut. Es wäre vom reinen subjektiven Standpunkt aus nicht mit Unrecht eine neue Zweideutigkeit darin erschließen, daß Herr d. Payer als Befehlshaber des Preußischen Friedens vertheidigte, als Reichskanzler aber ihm preisgab. Man würde aus diesem Wandel vielleicht schließen, daß es dem Deutschen Reich mit seiner Befriedung in der Preußischen Friedensfrage nicht unbedingt ernst sei.

Die Kämpfe an der Py.

Berlin, 1. Oktober. Die Kämpfe im Abschnitt der Mark ob-
Somme-Ob werden auf beiden Seiten mit einer Hartnäckigkeit ab-
gleichen geführt. Die mit überlegenen Kräften vorgetragenen An-
griffe des Gegners richten sich hauptsächlich auf den Ob-Gruß und die
sogenannte Heldenhöhe. Nach einer starken Feuerbereitung, die
in der Nacht aus den 28. September begann und um 6.30 Uhr am-
mächtig zu einem Trommelheuer geübter Fechtigkeit anschoss, brach-
zuden die Franzosen, die Ob zu überschreiten. Wiederum bede-
gähnliche Tante die in mehreren Wellen anstürmenden Infanterie-
massen. In der Tapferkeit des deutschen Vertheidiger verschieden
mehrheitlich vorgetragenen Angriffs des Feindes und kosteten ihn schwere
Verluste. Wie eisern die an diesem Abschnitt kämpfenden deutschen
Truppen die Reihen zusammenhielten, trotz der auf sie seitens der Gege-
nüber gelassenen Hölle von Vernichtungswillen, beweist nicht allein die
beidendealte Abwehr. In einer Stelle gelang es in frischem Nachts-
dienst eine Linie um 300 Meter vorzuschließen. Dreieck nahm ein
Dutzend Wionate in schneidigem Rapport zwei Maschinengewehre
und machte 23 Mann zu Gefangenen. Eine von den Feinden auf-
gezeigte Landbesatzung von 12 Mann muhte sich drei vorstürmenden
Jägern ergeben. Trotz den Mißerfolgen am Vormittel wiederholte
der Feind am Nachmittag seine Angriffe mit einer wilden Hartnäckig-
keit. Einen Erfolg konnte er auch diesmal nicht durchsetzen. Die mutlo-
gäßige Galoumenarbeit aller Waffen, unterstützt von der aufzuhemmenden
Hilfslage jedes einzelnen, ließ den geplanten Durchbruch blutig in
zertrümmerten Vorgelände zerrinnen. Kleinere Abteilungen, von de-
sem blutigen Stratumwesen zeitweise fast völlig umfasst, obersten fa-
lls vom letzten Mann oder schlügen sich durch. Bewundernswert war
die Kettierung. Obwohl sie 12 Stunden ununterbrochen im Raus-
hauer der feindlichen Geschütze gelegen hatte, schüttete sie dichte Feuer-
garben auf die hinter den Tante aufstürmenden Franzosen und so-

Englischer Heeresbericht vom 30. September, nachmittags.
In ununterbrochenen Kämpfen nördlich von St. Quentin ist die 46. Division aus dem nördlichen Midland allein 4000 Gefangene gemacht und einige 40 Kanonen erbeutet. In diesem Abschnitt wie zwischen Bellcourt und Gommecourt war der Feindstand sehr stark. Amerikanische, australische und englische Truppen waren hier am späten Abend in schwere Kämpfe verwickelt, genommen trotz starkem Widerstand Gelände und machten viele Gefangene. Feindliche Gegenangriffe bei Tann und Villers-Cuislaie am späten Nachmittag hatten zur Folge, daß unsere Truppen ein wenig gegen den westlichen Rand dieser Täler zurückgedrängt wurden. An andern Stellen wurden unter Vorhalt beobachtet. Nördlich von Gommecourt wurden während des Abends weitere Fortschritte in der Richtung auf die Straße der Weinberge gemacht. Auf der linken Flanke der Schlachtkontrolle wurde gegen nachmittags schwer gekämpft. Unsre vorgeordneten Truppen, die Kubendeul-en-Wer genommen hatten und in Kreuz eingedrungen waren, wurden gezwungen, sich aus diesen Tälern zurückzuziehen. Westlich und nordwestlich von Cambrai war der Feind an mehreren Stellen unsre Truppen zu verbünden, deren verschiedenen Abteilungen die Freizügigkeit der Straßen Ulras-Cambrai und der Straße Cambrai erreichten und in die nördlichen Vororte der Stadt eindrangen. Dem Feind wurden beim Rückmarschungen schwere Verluste zugefügt. Während der Nacht fiel schwerer Regen. Die

Better is nodi immec huemeldi.
Metzidien 2000-01-01 00:00:00

Sachliches und Persönliches.

Aus Berlin wurde gedruckt:

Die interfraktionelle Konferenz hat am Montag daß soziale Programm der neu zu bildenden parlamentarischen Regierung in seinen Grundzügen festgelegt und ist dann am Dienstag zur Veratung der heißen persönlichen Fragen übergegangen. Nebst die Einzelheiten des Regierungsprogramms und über die Zusammensetzung der Regierung selbst wird man es jetzt untersuchen können, wenn der Vorsitzende ist. In dem Augenblick, in dem diese Sitzung Berlin verlassen, läßt sich nur daß eine mit einer an Gewaltigkeit overzenden Wahrschriftenkraft sagen, daß die parlamentarische Regierung unter Teilnahme der Sozialdemokratie möglichst aufwändige Formen mit.

Die Sozialdemokratische Partei hat stets für den Sieg des parlamentarischen Systems im Deutschland gefämpft, und dieser Sieg scheint jetzt erreicht. Es ist eine alte Erfahrung, daß es auf den Wegen der demokratischen Fortschritte kein Zurück gibt außer unter den aller schwersten Gefährdungen. Hat die Krone sich erst einmal eines Rechtes begeben, daß sie gestern noch wie eine Selbstverständlichkeit handhabte, so kann sie dieses Recht nicht wieder geltend machen, ohne die allergefährlichsten Widerstände herauftreiben zu können. Damit halten wir die jetzige Bildung einer parlamentarischen Regierung für einen entschlebenden Schritt, und diesen erwünscht zu haben, wird ein

Kann die jegliche Mehrheit das Recht, eine Regierung aus ihrer Masse zu bilden, für sich beanspruchen, so kann man dieses Recht einer künftigen, durch den Willen der Wähler veränderten Mehrheit nicht mehr versprechen. Würden die nächsten Wahlen z. B. eine fortschrittlich-sozialdemokratische Reichsregierungsmehrheit ergeben, so wäre auch eine fortschrittlich-sozialdemokratische Regierung zu bilden. Sollte die Sozialdemokratie für sich allein die Mehrheit im Reichstag erringen, so wären sämtliche Regierungsstellen mit Sozialdemokraten zu besetzen. Eine Tendenzierung dieses einmal anerkannten Grundzuges wäre ebenso schädigend wie z. B. die rechtliche Abänderung des Wahlrechts selbst, die so viele Jahre lang das unerträliche Schmuckstück der Rechtsordnung blieb. Innerpolitisch bedeutet also die Bildung einer parlamentarisch-sozialistischen Regierung einen ganz gewöhnlichen Fortschritt.

Die Stationenübersicht und die Ganzheitlichkeit

Die Nationalliberalen und die Kabinetsbildung.
Die Nationalliberalen hielten, so schreibt das Berliner Tageblatt, gestern eine längere Sitzung innerer Art ab. Bisher sind die Mehrheitsparteien noch nicht an die Nationalliberalen mit der Aufforderung herangetreten, daß an der Kabinetsbildung zu beteiligen. Dochdem waren sich entschlossen, daß an der Konstituierung eines Koalitionskabinetts, das alle Parteien umfaßt hätte, abzusehen. Ideinß man auch keine Neigung zu haben, durch Hinzugliederung der Nationalliberalen die demokratische Grundlage der neuen Regierung zu vermindern. Rüttfalen muß es jedenfalls, doch den Nationalliberalen bis gestern abend auch keine Mitteilungen über den Inhalt des Mehrheitsprogramms ausgetragen waren. Im den nationalliberalen Realisationskabinett wurde natürlich auch die Personfrage berührt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei der Neubesetzung der Reichskämter ein nationalliberaler Kabinettschef, der einer der größten deutschen Wirtschaftsorganisationen vorsteht, an die Spitze des Reichswirtschaftsamtes tritt. Wie bekannt, gehörte jetzt schon die früheren nationalliberalen Wirtschaf-

Neue englische Ministerreden.

Das England kommt wieder einmal Berichte über die englischen Minister und zwar haben sich die Herren Balfour und Bonar Law getroffen. Balfour führte in einer Rede in London folgendes aus:

„Wenn Sie versuchen wollen, einen internationalen Appell zur Sicherung des Friedens ins Leben zu rufen, so müssen Sie die Freiheit Europas und der Welt so ordnen, daß große Gelegenheiten für Krieg nicht hätten können. Um den Völkerbund zu ermöglichern, ist ein vollständiger Sieg absolut notwendig. Der Traum der Deutschen, daß sie ihre Heimat durch bloße Unterzeichnung des Vertrags unter die Petition um einen Völkerbund davon überzeugen könnten, daß sie ihre Erfahrung gebrüderlich ist, ist eine verächtliche Illusion. Ein paar konstitutionelle Änderungen des preußischen Staates und die Unterzeichnung der bewundernswerten Vorschläge des Präsidenten Wilson sind ohne jeden Wert, wenn Sie für ihn nicht eintreten. Deutschland kann nie ein Mitglied des Völkerbundes werden, ehe es sich nicht nur verpflichtet hat, sein Glaubensbekenntnis zu ändern, sondern wenn alle seine Weltbeherrschungsdräume (!) vor den Augen in Städte zerfallen sind und wenn es — allerdings mühsam, glücklich und reich — doch nicht länger ein Thron sein kann, der die Nationen, auf die es in der Lage ist, Einfluß ausüben, seinen eigenen Träumen von einem Weltreich unterwerfen kann.“

Bonar Law beschäftigt sich mit der Kriegslage und legt am Schluß seiner Rede, es könne keinen Frieden geben, so lange die Deutschen nicht geschlagen, so lange das deutsche Volk nicht begriffen habe, daß die Ideale, für die es kämpft, im Gegenzug wören zu dem Willen der Welt. Es scheint, daß sich in Deutschland für alle Fälle Ausreden bereit machen wollen, um die Fortsetzung des Krieges auch dann rechtzeitig zu können, wenn in Deutschland ein Umtauchung zur Demokratie und dem parlamentarischen System vollzogen ist. Sofort — und ähnliche Töne schlägt Bonar Law an — sagt, Deutschland müsse sein „Glaubensbekenntnis“ ändern. Unter solchen Umständen aber die englischen Minister den Beweis für die erfolgte Aenderung des deutschen Glaubensbekenntnisses als erbracht ansiehen würden, lagen sie nicht. Wenn man überhaupt jemals in Deutschland an Weltbeherrschungsdräume oder etwas Ähnliches gedacht haben sollte, so gäbe es keinen rechtzeitigen Beweis dafür, daß Deutschland die nötigen Voraussetzungen aufgegeben hat, als die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums, das die Abholzung eines Völkerbundes in sein Programm aufgenommen hat. Aber das Bonar Law und Balfour wollen unter keinen Umständen einen Verzicht auf ihren Rechten, gegen die man auf Verweisgründen nicht ankommen kann.

Herbert Samuel über den Wirtschaftskrieg.

Bern, 30. September. Eine auf der Konferenz des Generalausschusses des liberalen Partei in Manchester angenommene Kriegsresolution, über die Reuter dargestellt berichtet, erklärt es als obere Pflicht aller guten Bürger ohne Parteiunterschied, mit allen nötigen Anstrengungen und Opfern den Krieg fortzuführen, bis ein gerechter und bleibender Friede gefestigt sei, und bezeichnet es als Pflicht eines Völkerbundes zum Schutz der gleichen Rechte aller Staaten zur Vermeidung künftiger Konflikte und zur Herbeiführung einer Beschleunigung der Rüstungen als dringlichste und wichtigste Aufgabe für die Staatsmänner und Völker der Welt. Die Resolution wurde von Herbert Samuel eingeführt, der dazu ausführte, England sei in den Krieg eingetreten, um einen verdeckteren Angriff abzuwehren und befürchtet noch im Kriege, um einer Wiederoberung des Angriffs vorzubeugen. Es sei recht, daß große Verbrennen feindlichen werden, es sei recht, daß Großbritannien und Prinzipal-Mitteleuropa die Rohmaterialien der Welt für ihre Industrie vorzunehmen, wiewohl es recht sei, daß sie nach dem Kriege weiteren, bis die Welt an sie läuft. (Beifall.) Freilich, wenn der Krieg so enden sollte, daß England noch immer dem militärischen, angriffsstarken, furchtbaren Deutschland gegenübersteht und daher mit der Möglichkeit einer Erneuerung des Krieges zu rechnen habe, dann werde es im Interesse seiner Selbstverteidigung notwendig sein,

jede ehrliche wirtschaftliche Waffe gegen Deutschland

ergänzen. Über das werde bedeuten, daß man das Hauptziel des Krieges nicht erreicht habe. Leute, die mit einer solchen Möglichkeit rechnen, sollten entsprechende Pläne machen.

Die Liberalen aber glaubten nicht, daß der Krieg anders als mit dem Zusammenbruch des deutschen Militärs enden könnte und formten Pläne auf Grund dieser Überzeugung. Wir wollen, sagte der Redner, den Krieg nicht durch Totalitarie und Totalität fortsetzen. Das ist nicht der Weg zu einem dauernden Frieden, sondern nur Erneuerung des bestehenden Kampfes. Wir würden keine Stunde weiterkämpfen, um Handelsmonopole zu errichten und das Leben unserer Söhne nicht für Handelsinteressen verschachern. (Beifall.)

Antwort auf die österreichische Note

Am 1. Oktober ist eine Note des österreichischen Außenministers an den englischen Außenminister eingegangen, in der die Note des Jahres seitens der Regierung der Republik Österreich und des Vereinigten Staates gemacht werden soll, um die Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu verbessern. Am 1. Oktober ist eine gemeinsame Note der österreichischen und polnischen Sozialdemokratischen Parteien erlassen worden, in der die Beziehungen zwischen den beiden Staaten verbessert werden sollen, und er glaubte, die Zeit, wo das deutsche Volk seine Rücksicht auf die anderen Völker der Welt aufgebaut werden kann, angesehen, sei nicht fern. Die Note unterliegt Einsichtnahme und ist einstimmig angenommen.

Der von Samuel erwähnte Zusatzantrag, daß sich die Partei gegenwärtig der Erfordernis der Friedensbedingungen, die den Friedensvertrag und seine Verteilung schafft, entschließt, daß kein Vertrag und keine Verteilung ohne Zustimmung des Parlaments erfolgen sollte, wurde einstimmig angenommen.

Hussaret über die Lage.

Wien, 1. Oktober. Im Abgeordnetenhaus waren bei Wiederaufnahme der Sitzung der Sozial- und die Galerien dicht gefüllt. Der Ministerpräsident Reche v. Hussaret gab ein ausführliches Bild der Gesamtlage des Staates, wobei er ausführte: Durch den von Bulgarien abgeschlossenen Waffenstillstand ist zweifellos auch für die Monarchie im Süden eine ernste Lage geschaffen worden. Diese Lage ist jedoch keineswegs trübselig. Die entsprechenden militärischen Vorbereitungen sind im Verein mit den Deutschen umfangreich und umfassend getroffen worden. Sie sind in gutem Gange und ich kann nach Mitteilung berufener Stellen erklären, daß wir alles getan haben, um der Weiterentwicklung der Dinge auf dem Balkan mit Ruhe entgegenzublicken zu dürfen. So wie im Kampfe werden wir aber auch im Werke des Friedens Hand in Hand miteinander gehen. (Beifall links, Zwischenrufe bei den Christen.) Der furchtbare Rückschlag, den die Menschheit auf allen Gebieten der geistigen und materiellen Kultur durch die lange Dauer dieser ihr unerlegten Prüfung erleidet, wird immer klarer erkennbar und löst immer nachdrücklicher die Erwagung aus, ob sich nicht Mittel und Wege finden lassen, um die Gegenseite, aus denen der Weltkrieg hervorgegangen ist, durch eine gerechte Verhandlung zwischen den kämpfenden Mächten auszugleichen. (Unhaltbare Zwischenrufe bei den Christen.) Die Monarchie ist schon seit längerer Zeit der Ansicht, daß angefachter der militärischen und politischen Entwicklung im Weltkriege eine solche Möglichkeit latent vorhanden ist. Sie mit allen Mitteln zum Durchbruch zu verhelfen, ist noch unserer Meinung ein Gedanke der Monarchie und nicht minder der Monarchen.

Vergleichbar der Ernährungsvorlage betonte der Ministerpräsident, daß die Getreiderente im allgemeinen gut namenlich für Hafer und Gerste besser ausgefallen sei, als im Vorjahr. Der Ministerpräsident begründete die scharfe Verkämpfung des Gleichgewichts, der eine Gefahr für die staatliche Aufrichtung bildet. Der ungünstige Aussfall der Ernte in Rumänien lasse Zuläufe aus diesem Gebiete in größerem Umfang nicht erwarten. Aus der Ukraine dürfte vorläufig mit ausreichenden Zuläufen nicht gerechnet werden. Der baldige Abschluß der Verhandlungen mit Ungarn, das prinzipiell sich bereits erklärt, uns zu unterstützen, wird es ermöglichen, einen halbigen Versorgungsplan aufzustellen, und damit wird hoffentlich auch die Lebensmittelquotient wieder zur vollen Geltung kommen. Die genannte Verteilung der Ernährungslage lädt auch überzeugendliche Hoffnungen nicht geschrägt erscheinen. Aber zu Müllersigkeit ist kein Anlaß. Der Ministerpräsident hofft endlich das Autonomieproblem der Völker, dessen Lösung mir uns nicht länger entschlagen können, und erklärt u. a.: Der leitende Grundsatz sei, allen Völkersämmen durchaus im Geiste aller Gleichberechtigung innerhalb der durch das Interesse der Gesamtheit gegebenen Schranken auf allen Bildungsbereichen Selbstbestimmung in nationalen und kulturellen Angelegenheiten zu schenken. Rücksicht Sitzung morgen. Auf der Tagesordnung steht die Debatte über die Regierungserklärung in Verbindung mit Anträgen bezüglich Friedensfrage.

Krone Steuern.

Wien, 1. Oktober. Im Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses entwarf Finanzminister Dr. v. Bimmer einen Finanzplan zur Deckung der laufenden Erfordernisse von rund zwei Milliarden. Er berief auf die seit dem 1. September dieses Jahres auf administrativem Wege eingeholt, im Endzettel noch nicht enthalten finanziellen Maßnahmen, welche insgesamt eine jährliche Reduzierung von über 700 Millionen erzielten. Hierzu kamen 666½ Milliarden, welche die dem Parlement bereits vorliegenden, noch nicht erledigten neuen Steuern bringen würden. Es bleibt somit noch ein Beitrag von rund 600 Millionen Kronen in den laufenden Verpflichtungen zu bedenken, zu welchem Zweck die Regierung in Monatsabständen folgende Vorlagen einzubringen gedenkt: Erhöhung der Vermögenssteuer, Reform der Verbrauchssteuer, Einführung der Warenumsatzsteuer, welche gleichzeitig eine Jugendssteuer mit sich bringt würde, sowie Einführung einer dauernden Vermögenssteuer. Diese Steuernahmen würden jedenfalls ein Erreichbar von mehr als 600 Millionen jährlich ergeben. Außerdem beabsichtigt die Regierung eine Vorlage einzubringen über Bevölkerung des Staates an dem Verkaufspreise von staatlich bewirtschafteten Waren und von Börsen, auf deren Preisfeststellung der Staat selbständiges Einfluss habe. Alle diese finanziellen Maßnahmen würden allerdings eine Jahresabschöpfung von rund zwei Milliarden ergeben, wenn alle diese Steuervorlagen vom 1. Juli 1918 an in Wirklichkeit träfen. Da die Einführung dieser Vorlagen jedoch noch einige Zeit dauern werde, sei an die Bedeutung des laufenden Defizits in diesem Jahre aus diesen Quellen nicht zu denken, weshalb die Regierung absichtlich zusammen mit anderen Steuervorlagen auch eine Vorlage einzubringen, welche zur Deckung des Defizits der laufenden Vermögenssteuer die einmalige Annahme des Vermögensabbaus vorsieht. Auch diese Vermögensabgabe dürfte aus der großen Vermögensabnahme nicht verrechnet werden, welche nur eine Liquidierungsnahme der ganzen finanziellen Situation nach dem Kriege sein könnte.

Gemeinsame Tagung der Sozialisten.

Wien, 1. Oktober. Auf Anregung des polnischen Sozialdemokraten Dr. Szadurski sondierte sein Vorstoß eine gemeinsame Konferenz sämtlicher sozialdemokratischen Parteien des Reiches statt, an der außer den deutschen, tschechischen und polnischen Sozialisten auch Vertreter der slowakischen, kroatischen und ungarischen Sozialdemokratie teilnehmen. Die Tatsache gemeinsamer Deutungen des österreichischen Sozialdemokraten ist im Augenblick um so bemerkenswerter, als die gegenseitigen Beziehungen zwischen den einzelnen nationalen Verbänden zum Teil völlig abgebrochen waren. Wie verlautet, handelt es sich bei den Besprechungen um die Frage der Wiederaufstellung des Internationale, es heißt jedoch, daß auch über die gesamte politische Lage eifrig debattiert wurde. Beschlüsse wurden nicht geagt, da zwischen Deutschen und Slaven Meinungsverschiedenheiten in gewissen Fragen zulage traten. Die Verhandlungen sollen in nächster Zeit fortgesetzt werden.

Deutsches Reich.

Der zweite russische Goldtransport in Orla eingetroffen. Die Berliner Vertretung der Russischen Telegraphen-Agentur meldet: Am 30. September 1918 trat auf Grund des geschlossenen Vertrags die zweite dringende Zahlung der russischen Sowjetregierung in Russisch-Orla ein. Die Ankunft des Geldes ist der deutschen Regierung in Berlin sofort gemeldet worden. Der Goldtransport ist sofort nach Deutsch-Orla übergeben worden.

Nationalliberaler Umsturz für das gleiche Wahlrecht. Die westfälischen nationalliberalen Abgeordneten haben, wie gemeldet wird, angefachter der gegenwärtigen Lage beschlossen, ihre Bedenken gegen Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen gegenüber der Nationalsozialistischen Partei einzulegen und für eine sofortige Verständigung mit der Staatsregierung auf Grundlage des gleichen Wahlrechts einzutreten.

Der Reichs- und Landtagsabgeordnete Hirsch (narl) ist in Essen gestorben. Hirsch gehörte dem schwäbisch-altenburgischen Partei an.

Ausland.

Frankreich.

Gailloux' Protest.

Gailloux protestiert, dem Petit Parisien aufgefolgt, in einem einen Kriegszeitung geschriebenen Briefe energisch gegen die Anschuldigungen, die gegen ihn in der Auflage erschienen waren. Senator Humbert erhoben wurden sind Gailloux bestreitet auf entschieden jede Verbindung mit irgendwelcher der verschiedenen Finanzangelegenheiten, die Bonnet Rouge betrifft. Auch habe er mit Humbert keine politischen Beziehungen unterhalten.

Gewerkschaftsbewegung.

Unsere Arbeitersekretariate im Jahre 1917.

Noch der von der Generalkommission aufgenommenen und vereinfachten Statistik sind auch im vergangenen Jahre die Arbeitersekretariate trotz aller Erfahrungen, ihren Aufgaben durchaus gerecht geworden.

Die Zahl der von den freien Gewerkschaften unterhaltenen Arbeitersekretariate beträgt 120, ihr Bestand hat sich nicht verändert. In der Statistik sind jedoch genau wie im vorjährigen Jahre, nur 110 Sekretariate verzeichnet. Die berichtenden Sekretariate vereinigen zusammen eine Ausgabe von 630 000 M., sie übersteigt die des Vorjahrs um 54 287 M. Von der Ausgabe wurden 815 425 M. aus den Kartellfassen, 49 801 M. aus direkt für die Sekretariate geleisteten Beiträgen und 49 287 M. aus den Kosten der beteiligten Organisationen gedeckt. Die Generalkommission leistete an 50 Sekretariate zusammen 66 588 M. Zu Schluß der Sekretariate erhielten Auswendungen von Parteiorganisationen im Gesamtbetrag von 602 Mark und aus Staat- und Gemeindemitteln wurden 12 Sekretariate beihilftlich gemacht, die sich in einem zwischen 100 bis 4000 M. bewegen und zusammen die Summe von 12 800 M. ausmachen.

Die Tätigkeit der Sekretariate war im Jahre 1917 nicht ganz so umfangreich wie 1916; die Frequenz ihrer die Zahl der Blätter und Schriften liegen hinter denen des Vorjahrs zurück. Seit Beginn des Krieges hat eine gemäßigte Steigerung der Ausgaben. Die Sekretariate durch weibliche Personen bestimmt. 1913 waren von allen Auskunftsstellen 17 Prozent, 1917 dagegen 47 Prozent weibliche Personen. Diese Erhöhung ist verursacht durch die stark gestiegene Anteilnahme der Frau an dem Erwerbsleben und den Kriegsfürsorgeaufgaben. Durch die Kriegsteilnahme 66 442 (gegenüber 84 223 im Vorjahr) Auskünfte erhielt.

Auskünfte wurden insgesamt 644 821 erzielt, davon 478 707 mundlich und 42 129 schriftlich. Schriften wurden 166 817 angefertigt. Unter dem Rubrum „Arbeits- und Dienstvertrag“ wurden, jedenfalls unter Entwicklung des in Kraft getretenen Kriegsdienstgesetzes, 1780 Auskünfte mehr erzielt und 2097 Schriften mehr angefertigt.

Neben persönliche Verzweigungen von Rechtsvertretern vor Versicherungsbüros, Gerichten und Vermögensbehörden liegen von 88 Sekretariaten Angaben vor. Bei diesen Verzweigungen macht sich der Mangel an geeigneten Kräften und ihr Nachteil rechtlich. Es wurden 4274 Verzweigungen ausgeübt, 1913 dagegen 6717. Von den Verzweigungen erfolgten 2840 vor Versicherungsbüros, 554 vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, 255 vor Amtsgerichten und 863 vor Verwaltungsbüros und -gerichten. Termine wurden 4271 wahrgenommen. Der Ausgang der vereinbarten Rechtfälle wurde den Sekretariaten nur in 24 216 Fällen bekannt, davon waren 18 271 erfolgreich und 5045 erfolglos. Da diese Angaben sehr unvollständig sind, lassen sich sichere Schlüssefolgerungen aus diesen Angaben nicht ziehen.

Von den Rechtsauskunftsstellen der Gewerkschaftsbewegung haben 122 berichtet und davon nur 111 vorständig. Nicht Stellen erzielten 1917 insgesamt 42 033 Auskünfte. Die Rechtsauskunftsstellen sind unter dem Einfluß des Krieges fast zurückgegangen. Woraus darauf zu erkennen ist, daß die Zahl der berichtenden Stellen 1917 um 110 geringer ist als für 1916 war.

Erfreulich ist, daß sich bisher der Verband der Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften auf der gleichen Basis befindet und seine legendre Tätigkeit zum Wohle der Arbeiterschaft trotz allen Kriegsnoten auszuüben vermochte. Es steht zu erwarten, daß sie auch während der Fortdauer des Krieges auf gleicher Höhe bleiben werden, um schwerverletzte verletzte Soldaten weiterhin als treue Berater zur Seite stehen zu können.

Aus aller Welt.

Keine neuen Cholerasfälle in Berlin.

Zu dem Auftreten von Fällen asiatischer Cholera in Berlin ist mitgeteilt, daß weitere Erkrankungen bisher nicht zu verzeichnen sind. Ein Grund zur Beunruhigung der Groß-Berliner Bevölkerung liegt bisher nicht vor.

Hamburger Millionenschichtung.

Den Behörden in Hamburg ist es gelungen, vier Personen zu verhaften, die eine Millionenschichtung vordrehten hatten. Es handelt sich um Nähgarn, das in unerlaubter Weise vertrieben werden sollte, nachdem es vorher hintergegangen worden. In einem vornehmen Geschäftsausstattung auf der Alster trafen die Sicherheitsbeamten und verhinderten über den Verlauf des Betriebs. Drei Kaufleute und ein Geschäftsführer haben einen Haftbefehl erhalten. Sie haben die Rolle mit 18 Mark aus Mannheim gekauft und ein weiteren 40 000 Mark bestellt. Bei ihrer Entnahme sahen sie aus, daß sie die Rolle mit 12,75 Mark unter das Hand gehandelt hätten. Auf telegraphische Anweisung nach Mannheim und dort die 40 000 Rollen übergebracht.

Die Grippe in Budapest.

Budapest, 30. September. (W. L. B.) Aufgrund der Verbreitung der spanischen Grippe wurde angekündigt, daß sämtliche Schulen bis zum 15. Oktober geschlossen werden.

Große Eisenerzläger in Bojen.

Breslau, 2. Oktober. Nach einer Meldung der Goschiana Polizei sind in Polen am Westrande der Hochebene von Wien über Czestochowa nach Olmütz große Eisenerzläger entdeckt worden. Auch bei Breslau liegt viel Eisenerz in der Triasformation.

Ein Eisenbrand.

Aachen, 1. Oktober. Die Niederländische Eisenagentur meldet aus Rotterdam, daß in Westfalen infolge eines riesigen Brandes 1800 Menschen erschossen worden sind.

Verteilung von Kartoffeln.

§ 1. Für die Woche vom 6. bis 12. Oktober 1918 werden beliefert:

- a) die Wochen-Kartoffelfarbe A Nr. 10 der Sammelfarbe mit 5 Pfund Kartoffeln,
- b) die Wochen-Kartoffelfarbe B Nr. 10 der Sammelfarbe mit 7 Pfund Kartoffeln.

Der Preis für 1 Pfund Kartoffeln beträgt 10 Pf.

§ 2. Vereinsmitglieder militärische Gemeinschaften, Waffenquartiere, Kranenbauer und Räumen erhalten für die Woche vom 6. bis 12. Oktober 1918 Bezugsscheine für die von ihnen zu versorgenden Personen nach den in § 1 bestimmten Sätzen aufgestellt.

§ 3. Militärländer und Zinnenschiffer Lebensmittelkarten sowie Kartoffel-Zuglizenzen für Sonnabend und Sonntag erhalten.

§ 4. Soldatenkassen, Stände und Spezialschiffen, Dienstboten, Rantinen, Waffenträger und Bergleute erhalten für die Woche vom 6. bis 12. Oktober 1918 Bezugsscheine im Höhe des von den Bergleuten erhaltenen Abschaffens der Kaufhausfarbenkarte, Dienstbotenkarte und Schiedsmarkenkarte übertragen unter Verpflichtung der am Freitag nach den geltenden Vorschriften abgegebenen Kartoffelkarten.

§ 5. Die Ausstellung der Wochen-Kartoffelfarben (§ 1), der Kartoffel-Zuglizenzen für Sonnabend (§ 3) und der Kartoffel-Bezugsscheine (§ 2 und 4) in einem Kleinhandelsgeschäft hat bis Sonnabend den 8. Oktober 1918 zu erfolgen.

Die Kleinhandelsbetriebe haben die Kartoffelfarben und Bezugsscheine bis Freitag den 4. Oktober, mittags 12 Uhr, beim örtlich zugehörigen Reibesamt einzurichten.

Die Reibesämter haben die Bezugsscheine bis zum Mittwoch den 6. Oktober 1918, nachmittags, im Reibesamt abholen.

§ 6. Die Reibesämter erhalten Erneuerung, die Kartoffel-Bezugsscheine nach § 2 und 4 auszuweilen und die Bezugsscheine für die Bergleute nach Abgabe der vorstehenden Bestimmungen rechtzeitig aufzuteilen.

§ 7. Zumübernahmen werden nach § 38 der Auskunftsverordnung vom 20. September 1918 befreit.

Dresden, am 1. Oktober 1918.

Der Rat zu Dresden.

Verteilung von Mehl an Stelle von Fleisch.

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird bekannt:

§ 1. In der dritten Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 wird an Stelle des abfallenden Fleisches Mehl verteilt.

Es werden gewährt:

- a) an Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr auf den Abschnitt E der Reichsfleischkarten für Kinder 125 Gramm Mehl,
- b) an alle übrigen Personen auf den Abschnitt E ihrer Reichsfleischkarte 250 Gramm Mehl.

§ 2. Kranenbauer und Räumen erhalten für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 für die von ihnen zu versorgenden Personen aus dem Rückstande Mehl-Bezugsscheine durch den zuständigen Reibesamt nach den in § 1 bestimmten Sätzen aufgestellt.

§ 3. Die Abschnitte der Reichsfleischkarten (§ 1) und die Mehl-Bezugsscheine (§ 2) sind bis Sonnabend den 3. Oktober 1918, nachmittags, in einer Säfete, einem Kaufmanns- oder Produktionslokal usw., die ihnen bisher Fleisch geöffnet haben und die vorgeführte Bestandsanzeige regelmäßig einzuholen, anzumelden.

§ 4. Ein in Dresden Kleinhandelsgeschäft haben die genannten Abschnitte der Reichsfleischkarten

für das Gebiet der Stadt Dresden wird bekannt:

§ 1. In der dritten Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 wird an Stelle des abfallenden Fleisches Mehl verteilt.

Es werden gewährt:

- a) an Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr auf den Abschnitt E der Reichsfleischkarten für Kinder 125 Gramm Mehl,
- b) an alle übrigen Personen auf den Abschnitt E ihrer Reichsfleischkarte 250 Gramm Mehl.

§ 2. Kranenbauer und Räumen erhalten für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 für die von ihnen zu versorgenden Personen aus dem Rückstande Mehl-Bezugsscheine durch den zuständigen Reibesamt nach den in § 1 bestimmten Sätzen aufgestellt.

§ 3. Die Abschnitte der Reichsfleischkarten (§ 1) und die Mehl-Bezugsscheine (§ 2) sind bis Sonnabend den 3. Oktober 1918, nachmittags, in einer Säfete, einem Kaufmanns- oder Produktionslokal usw., die ihnen bisher Fleisch geöffnet haben und die vorgeführte Bestandsanzeige regelmäßig einzuholen, anzumelden.

§ 4. Ein in Dresden Kleinhandelsgeschäft haben die genannten Abschnitte der Reichsfleisch-

karten für das Gebiet der Stadt Dresden wird bekannt:

§ 1. In der dritten Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 wird an Stelle des abfallenden Fleisches Mehl verteilt.

Es werden gewährt:

- a) an Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr auf den Abschnitt E der Reichsfleischkarten für Kinder 125 Gramm Mehl,
- b) an alle übrigen Personen auf den Abschnitt E ihrer Reichsfleischkarte 250 Gramm Mehl.

§ 2. Kranenbauer und Räumen erhalten für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 für die von ihnen zu versorgenden Personen aus dem Rückstande Mehl-Bezugsscheine durch den zuständigen Reibesamt nach den in § 1 bestimmten Sätzen aufgestellt.

§ 3. Die Abschnitte der Reichsfleischkarten (§ 1) und die Mehl-Bezugsscheine (§ 2) sind bis Sonnabend den 3. Oktober 1918, nachmittags, in einer Säfete, einem Kaufmanns- oder Produktionslokal usw., die ihnen bisher Fleisch geöffnet haben und die vorgeführte Bestandsanzeige regelmäßig einzuholen, anzumelden.

§ 4. Ein in Dresden Kleinhandelsgeschäft haben die genannten Abschnitte der Reichsfleisch-

karten für das Gebiet der Stadt Dresden wird bekannt:

§ 1. In der dritten Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 wird an Stelle des abfallenden Fleisches Mehl verteilt.

Es werden gewährt:

- a) an Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr auf den Abschnitt E der Reichsfleischkarten für Kinder 125 Gramm Mehl,
- b) an alle übrigen Personen auf den Abschnitt E ihrer Reichsfleischkarte 250 Gramm Mehl.

§ 2. Kranenbauer und Räumen erhalten für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 für die von ihnen zu versorgenden Personen aus dem Rückstande Mehl-Bezugsscheine durch den zuständigen Reibesamt nach den in § 1 bestimmten Sätzen aufgestellt.

§ 3. Die Abschnitte der Reichsfleischkarten (§ 1) und die Mehl-Bezugsscheine (§ 2) sind bis Sonnabend den 3. Oktober 1918, nachmittags, in einer Säfete, einem Kaufmanns- oder Produktionslokal usw., die ihnen bisher Fleisch geöffnet haben und die vorgeführte Bestandsanzeige regelmäßig einzuholen, anzumelden.

§ 4. Ein in Dresden Kleinhandelsgeschäft haben die genannten Abschnitte der Reichsfleisch-

karten für das Gebiet der Stadt Dresden wird bekannt:

§ 1. In der dritten Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 wird an Stelle des abfallenden Fleisches Mehl verteilt.

Es werden gewährt:

- a) an Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr auf den Abschnitt E der Reichsfleischkarten für Kinder 125 Gramm Mehl,
- b) an alle übrigen Personen auf den Abschnitt E ihrer Reichsfleischkarte 250 Gramm Mehl.

§ 2. Kranenbauer und Räumen erhalten für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 für die von ihnen zu versorgenden Personen aus dem Rückstande Mehl-Bezugsscheine durch den zuständigen Reibesamt nach den in § 1 bestimmten Sätzen aufgestellt.

§ 3. Die Abschnitte der Reichsfleischkarten (§ 1) und die Mehl-Bezugsscheine (§ 2) sind bis Sonnabend den 3. Oktober 1918, nachmittags, in einer Säfete, einem Kaufmanns- oder Produktionslokal usw., die ihnen bisher Fleisch geöffnet haben und die vorgeführte Bestandsanzeige regelmäßig einzuholen, anzumelden.

§ 4. Ein in Dresden Kleinhandelsgeschäft haben die genannten Abschnitte der Reichsfleisch-

karten für das Gebiet der Stadt Dresden wird bekannt:

§ 1. In der dritten Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 wird an Stelle des abfallenden Fleisches Mehl verteilt.

Es werden gewährt:

- a) an Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr auf den Abschnitt E der Reichsfleischkarten für Kinder 125 Gramm Mehl,
- b) an alle übrigen Personen auf den Abschnitt E ihrer Reichsfleischkarte 250 Gramm Mehl.

§ 2. Kranenbauer und Räumen erhalten für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 für die von ihnen zu versorgenden Personen aus dem Rückstande Mehl-Bezugsscheine durch den zuständigen Reibesamt nach den in § 1 bestimmten Sätzen aufgestellt.

§ 3. Die Abschnitte der Reichsfleischkarten (§ 1) und die Mehl-Bezugsscheine (§ 2) sind bis Sonnabend den 3. Oktober 1918, nachmittags, in einer Säfete, einem Kaufmanns- oder Produktionslokal usw., die ihnen bisher Fleisch geöffnet haben und die vorgeführte Bestandsanzeige regelmäßig einzuholen, anzumelden.

§ 4. Ein in Dresden Kleinhandelsgeschäft haben die genannten Abschnitte der Reichsfleisch-

karten für das Gebiet der Stadt Dresden wird bekannt:

§ 1. In der dritten Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 wird an Stelle des abfallenden Fleisches Mehl verteilt.

Es werden gewährt:

- a) an Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr auf den Abschnitt E der Reichsfleischkarten für Kinder 125 Gramm Mehl,
- b) an alle übrigen Personen auf den Abschnitt E ihrer Reichsfleischkarte 250 Gramm Mehl.

§ 2. Kranenbauer und Räumen erhalten für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 für die von ihnen zu versorgenden Personen aus dem Rückstande Mehl-Bezugsscheine durch den zuständigen Reibesamt nach den in § 1 bestimmten Sätzen aufgestellt.

§ 3. Die Abschnitte der Reichsfleischkarten (§ 1) und die Mehl-Bezugsscheine (§ 2) sind bis Sonnabend den 3. Oktober 1918, nachmittags, in einer Säfete, einem Kaufmanns- oder Produktionslokal usw., die ihnen bisher Fleisch geöffnet haben und die vorgeführte Bestandsanzeige regelmäßig einzuholen, anzumelden.

§ 4. Ein in Dresden Kleinhandelsgeschäft haben die genannten Abschnitte der Reichsfleisch-

karten für das Gebiet der Stadt Dresden wird bekannt:

§ 1. In der dritten Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 wird an Stelle des abfallenden Fleisches Mehl verteilt.

Es werden gewährt:

- a) an Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr auf den Abschnitt E der Reichsfleischkarten für Kinder 125 Gramm Mehl,
- b) an alle übrigen Personen auf den Abschnitt E ihrer Reichsfleischkarte 250 Gramm Mehl.

§ 2. Kranenbauer und Räumen erhalten für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 für die von ihnen zu versorgenden Personen aus dem Rückstande Mehl-Bezugsscheine durch den zuständigen Reibesamt nach den in § 1 bestimmten Sätzen aufgestellt.

§ 3. Die Abschnitte der Reichsfleischkarten (§ 1) und die Mehl-Bezugsscheine (§ 2) sind bis Sonnabend den 3. Oktober 1918, nachmittags, in einer Säfete, einem Kaufmanns- oder Produktionslokal usw., die ihnen bisher Fleisch geöffnet haben und die vorgeführte Bestandsanzeige regelmäßig einzuholen, anzumelden.

§ 4. Ein in Dresden Kleinhandelsgeschäft haben die genannten Abschnitte der Reichsfleisch-

karten für das Gebiet der Stadt Dresden wird bekannt:

§ 1. In der dritten Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 wird an Stelle des abfallenden Fleisches Mehl verteilt.

Es werden gewährt:

- a) an Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr auf den Abschnitt E der Reichsfleischkarten für Kinder 125 Gramm Mehl,
- b) an alle übrigen Personen auf den Abschnitt E ihrer Reichsfleischkarte 250 Gramm Mehl.

§ 2. Kranenbauer und Räumen erhalten für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 für die von ihnen zu versorgenden Personen aus dem Rückstande Mehl-Bezugsscheine durch den zuständigen Reibesamt nach den in § 1 bestimmten Sätzen aufgestellt.

§ 3. Die Abschnitte der Reichsfleischkarten (§ 1) und die Mehl-Bezugsscheine (§ 2) sind bis Sonnabend den 3. Oktober 1918, nachmittags, in einer Säfete, einem Kaufmanns- oder Produktionslokal usw., die ihnen bisher Fleisch geöffnet haben und die vorgeführte Bestandsanzeige regelmäßig einzuholen, anzumelden.

§ 4. Ein in Dresden Kleinhandelsgeschäft haben die genannten Abschnitte der Reichsfleisch-

karten für das Gebiet der Stadt Dresden wird bekannt:

§ 1. In der dritten Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 wird an Stelle des abfallenden Fleisches Mehl verteilt.

Es werden gewährt:

- a) an Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr auf den Abschnitt E der Reichsfleischkarten für Kinder 125 Gramm Mehl,
- b) an alle übrigen Personen auf den Abschnitt E ihrer Reichsfleischkarte 250 Gramm Mehl.

§ 2. Kranenbauer und Räumen erhalten für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 für die von ihnen zu versorgenden Personen aus dem Rückstande Mehl-Bezugsscheine durch den zuständigen Reibesamt nach den in § 1 bestimmten Sätzen aufgestellt.

§ 3. Die Abschnitte der Reichsfleischkarten (§ 1) und die Mehl-Bezugsscheine (§ 2) sind bis Sonnabend den 3. Oktober 1918, nachmittags, in einer Säfete, einem Kaufmanns- oder Produktionslokal usw., die ihnen bisher Fleisch geöffnet haben und die vorgeführte Bestandsanzeige regelmäßig einzuholen, anzumelden.

§ 4. Ein in Dresden Kleinhandelsgeschäft haben die genannten Abschnitte der Reichsfleisch-

karten für das Gebiet der Stadt Dresden wird bekannt:

§ 1. In der dritten Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 wird an Stelle des abfallenden Fleisches Mehl verteilt.

Es werden gewährt:

- a) an Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr auf den Abschnitt E der Reichsfleischkarten für Kinder 125 Gramm Mehl,
- b) an alle übrigen Personen auf den Abschnitt E ihrer Reichsfleischkarte 250 Gramm Mehl.

§ 2. Kranenbauer und Räumen erhalten für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 für die von ihnen zu versorgenden Personen aus dem Rückstande Mehl-Bezugsscheine durch den zuständigen Reibesamt nach den in § 1 bestimmten Sätzen aufgestellt.

§ 3. Die Abschnitte der Reichsfleischkarten (§ 1) und die Mehl-Bezugsscheine (§ 2) sind bis Sonnabend den 3. Oktober 1918, nachmittags, in einer Säfete, einem Kaufmanns- oder Produktionslokal usw., die ihnen bisher Fleisch geöffnet haben und die vorgeführte Bestandsanzeige regelmäßig einzuholen, anzumelden.

§ 4. Ein in Dresden Kleinhandelsgeschäft haben die genannten Abschnitte der Reichsfleisch-

karten für das Geb

Sächsische Angelegenheiten.

Keine Rücksicht ohne Zustimmung des Mietverhältnisamts.

Diesen Grundsatz vertrügt eine Sitzung, die am 1. Oktober in der Stadt und anderen Orten der Kreishauptmannschaft Chemnitz in Kraft trat. Sie ist auf Grund der neuen Bundesverordnung zum Schutz der Mieter zu dem Ministerium des Innern erlassen worden und beagt, dass die Vermieter von Wohnräumen ein Mietverhältnis rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamtes schließen können, insbesondere wenn die Rücksicht zum Zwecke der Mietsteigerung erfolgt.

2. das ein ohne Rücksicht ablaufendes Mietverhältnis als aus unbestimmtem Zeitverlangt gilt, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Einigungsamtes zu dem Zweck erwirkt hat.

Höchstwahrscheinlich sind Verfügungen solcher Art auch noch in anderen Städten und nicht benannten Bezirken des Landes zu erwarten. Dass sie dringend nötig waren, zeigen die Mietsteigerungen auf dem Wohnungsmarkt jeden Tag von neuem. Um Hinsicht darauf erscheint es angebracht, die entscheidenden Stellen aus der Anstellung für diese Verfügungen im Chemnitzer Regierungsbezirk wiederzugeben:

Ziffer 1 bedeutet: Der Mieter braucht bei erfolgter Rücksicht des Vermieters, die Zustimmung des Amtes herbeizuführen. Solange diese nicht erzielt ist, braucht sich der Mieter um eine derartige Rücksicht überhaupt nicht zu kümmern. Der Vermieter muss offensichtlich nachweisen, dass er diese Zustimmung erzielt und, da das Amt in solchen Fällen jedermannigkeiten bestellt worden ist, kann dieser melden, bis wann die Zustimmung des Amtes schriftlich vorgelegt wird. Er wird aber sicher schon vorher davon vernehmen, was das Amt in solchen Fällen in der Regel den Mieter erhält werden wird.

Ziffer 2 bedeutet: Ein Mietvertrag ist z. B. auf drei Jahre abgeschlossen und würde am 30. September 1918 ablaufen müssen, wenn es dazu einer besonderen Rücksicht bedarf hätte. Auch in diesen Fällen muss der Vermieter die oben ausgeführte Genehmigung des Amtes einholen und nachweisen.

Wie ist nun der Fall zu behandeln, wenn der Vermieter nicht Rücksicht einnimmt? Belägerungen sind in beiden Fällen nicht erwünscht. Trotzdem muss auch bei Belägerungen der Mieter die Zustimmung des Amtes nachweisen. Denn mit der Steigerung verbürgt er und fördert einen neuen Mietvertrag zu höheren Preisen vor. Da nun die Rücksicht allein — ohne die Zustimmung des Amtes — unmöglich ist, so muss genau festgestellt werden, ob dann verbindliche Steigerung geltet. Wenn also heute der Vermieter sagt: „Die Miete loßt vom 1. Januar 1919 an auf 10 M. mehr“, so hätte der Mieter zu erwidern: „Bitte weisen Sie mir die Zustimmung des Einigungsamtes nach.“ Sagt er nein: „Als nehme die Steigerung an, so ist das etwas anderes.“

Höchstwahrscheinlich lassen solche Verfügungen nun auch in anderen Bezirken, besonders auch in der Kreishauptmannschaft Dresden, nicht mehr lange auf sich warten.

Die Rentenansprüche kinderreicher Kriegerwitwen.

Nach dem Militärhinterbliebenengesetz steht den Witwen und Vätern der vor dem Feinde Gefallenen die sogenannte große Kriegsversorgung ohne jede Einschränkung zu. Dasselbe Gesetz enthält aber eine weitere Bestimmung, nach der die Witwe einer infolge einer Dienstbeschädigung verstorbenen Militärsersonen zwar die gleiche Unterstützung zu beanspruchen hat, dass diese aber die Vollrente nicht übersteigen darf, die das Gesetz für diese letztere Kategorie (Dienstbeschädigte) festgesetzt hat. Diese Vollrente ist gleich dem Höchstbetrag derjenigen Rente, die der Mann bei seinem Lebensunterhalt erhalten haben würde und entspricht der Rente für eine Witwe mit vier Kindern. Sind mehr Kinder vorhanden, so würden diese unberücksichtigt bleiben. Der Militärsitus steht nun auf dem Standpunkt, dass ein im Kriege Gefallener unter den infolge einer Dienstbeschädigung Verstorbenen rangiert, seine Witwe also, wenn sie z. B. sieben Kinder hat, nicht mehr erhält, als wenn sie deren nur vier hätte. Das Reichsgericht hat jetzt aber (Urteil v. 24. 9. 18) in einem gegen den Militärsitus von einer Kriegerwitwe unabhängig gemachten Rechtsstreit dahin entschieden, dass Hinterbliebenen im Kriege gefallener Soldaten stets die Beträge der sogenannten Kriegsversorgung zu stehen haben. Die Kriegerwitwe hat also Anspruch auf Beihangeld und auf Beihangeld für jedes ihrer Kinder, gleichgültig, wie groß deren Zahl ist. Auf Grund der erwähnten Reichsgerichtsentscheidung sind der Kriegerwitwe gegen den Militärsitus auftretenden Witwen einschließlich ihrer sieben Kinder jährlich 1576 M. Rente zugesprochen worden, während der Kriegerwitwe ihr nur 1072 M. also 500 M. weniger, zubilligen wollte.

Zur Verteilung von Zuchtkaninchen an Kriegsinvaliden.

Kürzlich wurde bekanntgegeben, dass durch die Landesverteilungsstelle für Zuchtkaninchen in Radebeul an Kriegsinvaliden unentgeltlich Zuchtkaninchen abgegeben werden. Dass dabei aber doch eine gewisse Gegenleistung ausgedehnt werden soll, zeigen die Richtlinien der genannten Kaninchenstelle, die an die Interessenten verschickt werden. Sie lauten:

Die Abgabe erfolgt nur an würdige und bedürftige Kriegsinvaliden.

Der Empfänger erhält das Zuchtkaninchen kostenlos, ohne zunächst das Eigentum daran zu erwerben. Er hat sich zu verpflichten:

- a) das Tier auf eigene Kosten gut unterzubringen, gut zu pflegen und damit mindestens ein Jahr lang zu halten.
- b) von dem Nachwuchs zwei gesunde Jungtiere im Alter von mindestens 14 Wochen kostenlos an die Stelle zurückzuliefern, von welcher er das Zuchttier erhalten hat.
- c) jede Wohnungsumänderung sofort derjenigen Stelle mitzuteilen, von der er das Tier erhalten hat.
- d) der Stelle, welche die Jungtiere verteilt hat, zu gestatten, das Zuchtkaninchen durch einen Beamten jederzeit beschlagnahmen zu lassen.

Mit der Richtlinie der oben erwähnten zwei Jungtiere gehen das Individuum und die übrigen Jungtiere in das Eigentum des Kriegsinvaliden über.

Es wäre entschieden besser gewesen, wenn man die Bedingungen, unter denen Zuchtkaninchen abgegeben werden, schon bei der ersten Ankündigung mit veröffentlicht hätte. Jetzt rufen die Richtlinien eine gewisse Enttäuschung hervor, namentlich soweit die Verpflichtung zur Ablieferung von zwei Jungtieren in Betracht kommt. Das hätte vermieden werden können, wenn man diese Verpflichtung mit bekanntgegeben hätte.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Aus einem Wissenschaftlichen Institut in Leipzig und in einer der leeren Räume ein 5×3 Zentimeter großer Platiniegel mit Deckel im Gewicht von 62,51 Gramm und ein gleichgroßer Silbergiegel mit Deckel gekauft worden. Außerdem lebt ein photographischer Apparat mit vollständigem Zubehör und ein Polarisations-Mikroskop. Seiner hat der Drieb eine schwere gefüllte Altenbach und zwei gebrauchte Jacke gekauft. — Am 17. Jhd. die Arbeitsbüchsen in Plauen i. W. wurden als die Verlierer eines Einbruchsschalls in einer Spiegelfabrik ermittelt, bei dem sie waren im Wert von 4000 M. entdeckt wurden. Eine der Büchsen wurde fehlgenommen. Die beiden anderen verloren sich in der Nacht zum Montag aus Kurz vor Eröffnung gemeinsam mit Sachen zu verlieren. Nur durch einen Zufall wurde ihr Verlust vereitelt. Die bereits Gewußten wurden unter Anwendung des Tauerhoffapparates ins Leben zurückgerufen und ins Krautendorf geschafft. — Die Elektrische Maas in Seiffenreisdorf und durch eine Sägerei in ihren Wohnräumen schwer verlegt werden, das beide kurz danach verstorben sind.

Stadt-Chronik.

Eine Schande!

Auch in die Regale der Buchhandlungen beginnt der Krieg immer größere Rüden zu reißen. Viele Bücher sind von Vergrößerungen, Neuanlagen geworden unter der Hand, zum Teil sind sie fast unerträglich teuer und von schlechtem Material.

Vor kurzem veröffentlichte der Reclam-Verlag eine Mitteilung, dass es ihm wegen zu knapper Papierzuteilung ungeliebt werde, die berühmte Sammlung aufzufüllen. Tatsächlich kann man auch Glück haben, ein bestimmtes Werk zu erlangen, von dem sehr gesuchten Büchern erwirtschaftet ich dieser Tage drei — nach einer Wanderung durch sechs Buchhandlungen. Man muss sich vorstellen, welches Verdienst diese unheimbaren Heftchen, die sehr fein, um die literarische Bildung unseres Volkes, vor allem der Arbeiterschaft, haben, um den Verlust tief genug zu erfüllen. Die Frage erhebt sich: mag es sein, dass dem Volke auch noch dieses geistige Brod entzogen wird?

Das ist eben das Empörendste, dass es nicht notwendig ist, Arbeiter, unerträglicher denn es macht sich die Schundliteraturplage breit, in einer Zeit, die wahrlich Urlaub genug hätte, das Wohl der Unmündigen besser im Auge zu behalten. Eine wahre Art von Schundliteratur wählt sich in Millionenauslagen alljährlich über die Zeitungsstände und Buchhandlungen mehrerer Schläge, ein nicht gutzumachendes Werk der Volksverblendung vollendend. Währenddessen kämpfen die Tageszeitungen und die anständige Verlegerenschaft Tag um Tag einen Kleinkrieg um Papierförderung, das Verlangen nach geistiger Erhebung muss zurückstehen vor der kruelloser Ausbeutung der geistigen Armen. Heißt es nicht den Kindern und Erwachsenen, denen das Gute beiderthalb wird, das Schlechte direkt in die Hand zu drücken, das sie danach greifen müssen, aus ihrem Gedächtnis nach zerstreuen heraus? Heißt das nicht, die mißhaften Reaktionen unserer Volksschulbildungsbewegung zerstören zu helfen, wenn sie nicht endlich ein höheres Prinzip bei der Papierförderung durchsetzen?

Was gedenken die verantwortlichen Stellen zu tun?

Hakenkarten — aber keine Hasen!

Mit der Verabschiedung von Hakenkarten an die Dresdner Bevölkerung bei der letzten Ausgabe der Lebensmittelmarken kommt sich das städtische Lebensmittelamt einen schwachen Biss geleistet zu haben. Nach dem Ausdruck auf der Rückseite sind die Hakenkarten zum Zwecke ihrer späteren Belieferung alsbald in einem einzigartigen Verkauf anzumelden. Das ist aber leichter gesagt als getan, denn die Wild- und Geißgärtner der Stadt weigern sich — sonst festgestellt werden könnte — durchweg, Anmeldungen entgegenzunehmen und begründen dies damit, dass es ja doch keine Hasen gäbe. Die meisten Geschäfte haben der Einfachheit halber gleich an der Tür einen Zettel mit der Aufschrift angebracht: Hakenkarten werden nicht angenommen! Das ist für die Geschäftsleute sehr bequem, erzeugt aber beim Publikum beprobtes Verwirrung. Richtig ist, dass schon im letzten Winter eine sehr geringe war, so dass nur ein ganz kleiner Bruchteil der Bevölkerung in den Genuss eines Hakenkarten gelangte. Es wird behauptet, dass die Höchstkreise für Wild und besonders für Hasen zu niedrig liegen lässt, so dass die Jäger vorziehen, ihre Ware nach berühmten Münzen „hinterherum“ an den logen, besseren Wirtschaften, besonders Weinlokale, abzugeben, die natürlich einen höheren Preis anlegen können. Dem städtischen Lebensmittelamt sollten diese Dinge doch nicht unbekannt sein und seine Sache wäre, hier schmeichelhaft Abbilden, soweit es dazu überhaupt in der Lage ist. Wir meinen, dass die Zeiten denn doch zu ernst sind, um noch das Publikum, das vor Gewinn eines Hakenkarten gelangt. Es wird behauptet, dass die Höchstkreise für Wild und besonders für Hasen zu niedrig liegen lässt, so dass die Jäger vorziehen, ihre Ware nach berühmten Münzen „hinterherum“ an den logen, besseren Wirtschaften, besonders Weinlokale, abzugeben, die natürlich einen höheren Preis anlegen können. Dem städtischen Lebensmittelamt sollten diese Dinge doch nicht unbekannt sein und seine Sache wäre, hier schmeichelhaft Abbilden, soweit es dazu überhaupt in der Lage ist. Wir meinen, dass die Zeiten denn doch zu ernst sind, um noch das Publikum, das vor Gewinn eines Hakenkarten gelangt.

Verweigerte Geschäftsbücher vorlegung — Kriegsvergessen.

Die Firma Döhne u. So. in Dresden, die sich seit etwa 20 Jahren hauptsächlich mit der Fahrzeugsmitteleinführung beschäftigt, hatte im Juni 1916 einen großen Posten Weinhandschleife aus Amsterdam bezogen. Anfang Januar 1918 wurde der Geschäftsführer und Mitinhaber der Firma, der Kaufmann Döhne u. So., vom Kriegswirtschaftsamt zur Vorlegung der Geschäftsbücher und Bilanzen aus dem Jahr 1916 aufgefordert, jedoch vergeblich. Darauf teilte dem Genannten die Landesprüfungsstelle mit, dass einer seiner Beamten am 8. Februar in den Geschäftsräumen der Firma erscheinen werde, um an Ort und Stelle Bücher und sonstige Schriftstücke einzusehen. Es wurde auch mitgeteilt, warum die Bucherprüfung stattfinden sollte. Gegen die Firma lag nämlich Kriegswirtschaftsverdacht vor, insbesondere sollte sich die Firma bei dem Ablauf des Weinhandschleifes der übermäßigen Preisforderung schuldig gemacht haben. Als der Revisor erschien, war der Geschäftsführer nicht anwesend. Er wurde telefonisch angerufen und auf die Folgen erinnert gemacht, die eine Verweigerung der Vorlegung der Geschäftsbücher nach sich ziehen würde.

mal der Grund der angeordneten Revision mitgeteilt worden war. Er ist wegen Kriegsvergehens und Übertretung der Bundesstaatverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsschulen in erster und zweiter Instanz verurteilt worden. Der Angeklagte, der übrigens einige Wochen später sich doch zur Vorlegung der Büchern bequemt hat, wobei übrigens keine Beanstandungen erfolgt sind, will bestritten haben, dass ihm aus der Vorlegung der Büchern Nachteile in Bezug auf seine Geschäftsbücherbindung mit der Zentralen Gütekontrollen entstehen könnten, auch hat er sich angeblich nicht verpflichtet gehalten, Bücher und Bilanzen vorzulegen, solange nicht eine eingehende Vorlegung der Gründe erfolgte. Diese Einwände sind als ungutbefindlich zurückgewiesen worden. Der Angeklagte habe jedenfalls die Bundesstaatverordnung verkannt, die sich auch auf die Vorlegung der Bilanzen beziehe, soweit sie den Ein- und Verkauf von Lebensmitteln betreffen. Mit der Revision des Angeklagten wurde geltend gemacht, Bilanzen seien keine Statistik, die sich auf den Einkauf und Verkauf von Lebensmitteln beziehen. Die Bundesstaatverordnung sei auch nicht klar genug gefasst. Das Oberlandesgericht hat das Rechtsmittel fallenlosig verworfen. Der Angeklagte sei schon deshalb zu bestrafen, weil er die Vorlegung der Geschäftsbücher verweigert habe. Ob er auch verpflichtet war, die Bilanzen vorzulegen, könne deshalb abhängig gestellt werden.

Fälschung eines Sparkassenbuches.

Der Grünwarenhändler Ernst Knoll in Dresden zahlte auf der Sparfülle 5 M. ein und ließ sich ein Buch aussuchen. Am selben Tage fälschte er das Buch in der Weise, dass er durch Vorlegen einer 50 die eingezahlte Summe in 505 umänderte. Auf das so geänderte Buch verlor er in zwei Tagen vergeblich, ein Darlehen zu erhalten. An der dritten Stelle gelang ihm sein Vorhaben. Der Betreffende hat sich die Fälschung nicht genau an und ließ dem A. O. 200 M. doran. Später gewährte er die Fälschung und erhielt die Anzeige. Die Gewissorenen bejahten die Schuldfrage, billigten dem Angeklagten aber mildere Umstände zu. Das Gericht erkannte auf eine Gesamtstrafe von neun Monaten und drei Jahren Eurenrechtsverlust.

Berbogene Wege der Lebensmittelversorgung.

Der Telegraphenmechaniker Kurt Oskar Schorler war bis Oktober 1917 bei der Eisenbahn angestellt. Auf seinen Eisenbahnauftritten lernte er einen Fabrikdirektor kennen, dem er mehr als 2000 Mark mitnahm. Kurz vor dem Krieg erwarb Schorler einen grünen Bock mit 300 M. erhielt, über die er auch vorsätzlich abrechnete. Dadurch hatte er sich das Vertrauen des Direktors erworben und darauf gründete er einen größeren Betrieb. Unter der falschen Vorwegstellung, Anfang November befand er in Hannover eine Versteigerungsumme von 2400 M. ausgeschaut, bewog er den Direktor zur Übergabe eines Darlehns von 800 M. Einem Braumeister versprach er Wein zu liefern und ließ sich daraufhin 1000 M. Vorschuss zahlen. Das Geld verbrauchte er, wie die vorgenannten 800 M. in seinem Auto und lieierte seiner Wein. In einem dritten Falle verlor er eine Summe von 276 M. durch Schwindelangaben zu erbalten, der Geldbesitzer rückte aber nichts heraus. Da Schorler mehrfach vorbestraft ist, verweigerte ihm das Gericht mildeste Umstände und erkannte auf drei Jahre Buchtaus, 1050 M. Strafe oder weitere 70 Tage Buchtaus und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust.

Die Bekämpfung des Mädchenhandels.

Die M.-S.-Lichtviele, Moritzstraße, bringen diese Woche einen Film zur Aufführung, den man mit vollem Recht als eine Kulturförderung anreden darf. Im eindrücklichsten Weise werden hier dem Betrachter die unerträlichen Geißchen vor Augen geführt, denen unsre Herauswachsende, noch unerfahrene Mädchen in der Großstadt ausgesetzt ist. Es handelt sich um einen Ausschnitt aus dem realen Leben, das einen tiefen Einblick in das verbrecherische Treiben gewissenloser Mädchenhändler, diesem Auswurf der menschlichen Gesellschaft, gewährt, und den grenzenlosen Kommer ihrer unglücklichen und meist unschuldigen Opfer, die auf rostinierte Weise in die öffentlichen Häuser verdeckt werden und hier bald an Leib und Seele eindringlich verkommen. Der Film, der gleichzeitig auch die äußerst schwere Arbeit des Deutschen Nationalcomittees zur internationalen Bekämpfung des Mädchenhandels zeigt, dient auch hierher dazu beizutragen, auf die männliche Jugend erzieherisch einzawirken und sie vom Betrug der verrückten Freudenhäuser abzuwenden. In den Dienst einer wirklich guten Sache gefühlt, kann das Kind unendlich Gutes stiften. Im Interesse einer wahren Kultur ist daher eine möglichst weite Verbreitung dieses Films nur zu wünschen.

Zu den U.T.-Sichtspielen wird gegenwärtig ein interessantes Experiment gezeigt, das ständig eine große schaulustige und hörfreudige Menge anlockt. Es ist eine Filmoperette, in der die Handlung auf der weißen Wand beobachtet wird von dem Vortrag der Operettentenor durch Sänger und Tänzerinnen. Das stumme Spiel der Personen auf der Leinwand wird durch menschliche Stimmen wesentlich unterstützt und bis zu einem gewissen Grade zum Leben erweckt. „Wer läuft in der Jugend läuft...“ bat der Verfasser der Filmoperette Alfred Bern, sein gefälliges Dreiaugiges Stadl genannt, zu dem Karl Otto Krause eine annehmbare und einprägsame Musik geschrieben hat. Romantische Operettensänger und -sängerinnen Berlins haben die heitere Handlung vor dem Kürbiskasten geminiert und die Sänger und Sängerinnen, die bei der Aufführung in den U.T.-Sichtspielen gelangt sind, vertreten, sehen ihnen gewissermaßen das Wort vom Munde ab und bringen es zu Gehör. Der Betrachter und das stumme Spiel der Personen auf der Leinwand sind bis auf die einzelnen Gesten und Handbewegungen haarscharf aufeinander eingestellt, und da sich auch das Dreieck unter Robert Amschank Leitung genau der gespielten Handlung anschaut, wird ein geschlossener und einheitlicher Eindruck erzielt. Freilich läuft sich auch mit dem besten Zusammenwirken den Zuhörern die Illusion nicht suggerieren, dass die Darsteller auf der Leinwand die Sänger sind.

Ein neues Kursbuch für Sachsen und ganz Mitteldeutschland hat die Generaldirektion der sächsischen Staats-eisenbahnen zum 1. Oktober im Verlag von C. A. Kaufmanns Buchhandlung in Dresden herausgegeben. Es handelt sich dabei um eine vollständige Umarbeitung (mit Neuauflage)

des früheren Kriegszeitlichen Kursbuches, das vor einigen Jahren in die Hand der sächsischen Staatsbahnverwaltung übergegangen ist. Das neue „Kursbuch für Sachsen“ enthält die Posttabelle von ganz Mitteldeutschland (Königreich und Provinz Sachsen, Thüringen, Hartz, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Böhmen). Eine wesentliche Neuerung ist, daß die Fernverbindungen von ganz Deutschland nicht nur in einigen Lieferstädten wiederkehren, sondern daß alle Hauptstädte bestreben Fernverkehre in eigenen Fahrplänen auszuführen, sowohl möglich mit den Anfahrten von und nach Sachsen, wie gezielt werden. Die Zusammenstellungen der Fahrpläne von den sächsischen Großstädten nach wichtigen Orten Deutschlands und des Auslands sind auch in das neue Kursbuch übernommen worden. Das Kursbuch für Sachsen ist bei allen sächsischen Fahrtkartenhändlern und im Buchhandel zu haben.

Erfindungen, die keine sind und doch Geld bringen. Als ungünstiger und verfehlter Erfinder spielt sich der angeschlagene Kaufmann Franz Robert Böhmer auf. Er hat wegen Zertrümmung eines Hauses auch mit Baufirma verbreitert. Nach seinen Angaben habe er eine verschlechtebare Säbelstichsäge für das Unternehmen erfunden, aber auf seiner Seite fand er keine Nutzen. Seinem Logenrat, einem Ritter, hatte er schon fünfzig Gulden in Höhe von 25.000 M. abgenommen, hinzugekommen auch einen Lichthammer 4000 M. Weitere folgten durch die Errichtung in großem Maßstab Sommer. Von der Errichtung lebt er noch momentan etwas geringer, aber er hat noch den gleichen Gedanken eines sozialen Lebens geführt. Das Urteil lautete wegen Raubfußbetriebs auf drei Jahre Haft, 2000 M. Strafe oder weitere 40 Tage Zuchthaus und fünf Jahre Güterentzugserlaubnis.

Säbelstichsäge. Das Kriegsministerium, mit dem Elternhaus gesündigt, kam der sächsischen Eisenindustrie und landwirtschaftlichen Rohstoffnachfrage in die Heimat und land auf einem Quell in Gollum bei Dörrnberg die Stellung. Dort unterhielt er ein Säbelstichsägeunternehmen auf einer mit ihm zusammenarbeitenden Fläche, woher er Gewalt entnahm. Die Verhandlung fand wegen Säbelstichsäge der Säbelstichsäge unter Rücksicht der Säbelstichsäge statt. Auf Grund des Widerstands der Säbelstichsäge leistete das Urteil wegen bestätigt. Rücksicht auf sechs Monate Gefängnis. Von Absetzung der bürgerlichen Freiheiten fuh das Gericht ab.

Der Kartoffelbedarf der Kartoffelzüchter. Im Antrage einer kleinen Gruppe der Kartoffelzüchter hat sich der Staatssekretär des Amts für Ernährung und Landwirtschaft damit einverstanden erklärt, daß auch in diesem Wirtschaftsjahr in ähnlicher Weise wie im vorherigen Jahre in den für die Kartoffelerzeugung wichtigen Kommunalverbänden den Personen, die zur Hilfeleistung bei der Kartoffelernte von auswärts zugreifen, gestattet wird, den Bedarf an Speisekartoffeln für sich selbst und ihre Familienangehörigen auszuüben.

Qualitätsprüfung des Brennstoffverbrauchs. Das Rohbenzinamt erläutert zwei Bekanntmachungen, die folgende besondere Anordnungen enthalten: 1. Verfall der Bezugsscheineintrittungen für August und September. Die Lieferung solcher Waren nach dem 30. September soll sowohl den Händler wie den Bezugsschein-Inhaber strenger Bestrafung auf; 2. Verbot der Raumheizung für Betonungen, Schieberen, Heizkästen und Geschäftsräume so lange, bis der Rat die Heizung durch allgemeine Bekanntmachung freigibt; 3. Erstellung der gelben und braunen Fußsäugarten für Zentralheizungen, die am 1. Januar 1919 beginnen, auf den Monat April 1919. Für diesen Monat werden deshalb kleinere Brennstoffe nach bewilligt. Alle diese Maßnahmen bedrohen eine unmittelbare Einschränkung des Brennstoffverbrauchs in den kommenden Heizmonaten; denn nur sie vermögen bei der zu erwartenden Kohlenknappheit über erhöhte Verbrauchsabschöpfungen im Winter hinwegzuhelfen. Es ist möglich, daß die Grund- und die Zulässtungen bei der nächsten Ausgabe eine Rückerziehung erfordern müssen, von der lediglich die Haushaltungen ohne Kochausbildung wünschen aufgenommen werden können.

Mietzeigerung und Kohlenzufuhr. Wieder Haushaltung vorhanden, der infolge Mietzeigerung neuendes mehr als 400 bzw. 1500 M. Jahresanteile zählen muss, glaubt nachträglich die blaue Dame die rote Kohlenzufuhr zu beanspruchen zu können. Diese Aussicht ist trügerisch. Die Kohlenzufuhrkarten sind ausgegeben worden und Maßgabe der Blauen, die der einzige Haushalt in der Haushalt ist, also Witte zum 1918. Jahr. Ein vieler Grundstücke für die damalige Haushaltsumfrage hat sich durch die Mietzeigerung ebenfalls geändert, wobei an der Wohnung selbst so, daß eine Mehrzuteilung von Brennstoffen nicht zu rechtfertigen wäre.

Perseus werden in der sächsischen Woche vom 26. September bis 6. Oktober auf Abschnitt E des Reichs-Kaufmännische für Kinder bis zum 6. Lebensjahr 125 Gramm, für alle anderen Personen 250 Gramm. Weiß, jener für die Woche vom 6. bis 12. Oktober 5 und 7 Pfund Kartoffeln.

Margarine (20 Gramm) wird am 4. und 5. Oktober 1918 auf die Landespoststelle der Stadt Dresden „September E“ verteilt. Der Preis beträgt 2,44 M. für ein Pfund oder 39 Pf. für 20 Gramm.

Aus der Umgebung.

Borsig. Donnerstag den 3. Oktober, früh von 9 bis 11 Uhr und nachmittags von 14 bis 16 Uhr, Dienstbotenkonvent der Gemeindeamt, 10 Pfund 20 Pf. Sonntag 20 Pf. Dienstag den 4. Oktober von 9 bis 11 Uhr und von 14 bis 16 Uhr, Dienstbotenkonvent in der Dienstbotenstelle auf Abschnitt 10 des neuen Dienstboten-Verbandes. Dienstbotenstelle und Dienstbotenjäger sind von der Dienstbotenabteilung abgeschlossen. 2 Pfund 16 Pf. — Sonnabend den 5. Oktober Dienstbotenversammlung in der Druckerei von Kaiser.

Dresden. Der Abschnitt E der Dienstbotenstelle wird mit 80 Gramm Margarine zum Preis von 20 Pf. beliefert.

Großmarkt. Abholerabnahmestelle, laufend auf Nr. 2001 bis 2009 und 1-200, und zur Lieferung am 3. und 4. Oktober in der Abholerabnahmestelle von Paul Hermann, Überstraße 7, vorzusehen. — In den beiden Straßenabschnitten kann auf Nr. 78 der grüne Rechnungsmeister 1 Pfund Zwischen zum Preise von 20 Pf. einkommen werden.

Dresden. (Rohmittel-Verteilung.) Von der laufenden Rückenmittelstelle werden vorläufig nur beliefert: Abschnitt II und III der gelben Rückenmittelstelle A mit 700 Gramm Öl, Abschnitt II und III der blauen Rückenmittelstelle D mit 375 Gramm Spanen und 125 Gramm Käseflocken. Die angekündeten Abschläge sind bis Donnerstag den 3. Oktober in den Handelsgeschäften und von diesen bis Freitag den 4. Oktober im Rathaus, Zimmer 18, abzuliefern. Nachkommendungen werden nicht berücksichtigt. Die Preise bei der Abgabe an die Verbraucher betragen: Öl für 500 Gramm 48 Pf. Gramm für 200 Gramm 44 Pf. Käsefabrikate, 1 Pf. für 500 Gramm 30 Pf.

Radebeul. Kartoffeln werden von heute an auf die Woche vom 29. September bis 6. Oktober gegen Abgabe der gültigen Marken in den Kartoffelgeschäften abgegeben, und zwar auf rote Marken 7 Pfund und auf grüne Marken 5 Pfund. 1 Pfund kostet 10 Pf. — Rote Möhren werden in den Grüntwarengeschäften von heute an verkaufen, das Pfund kostet 10 Pf.

Radeberg. Die Abschläge „A“ der Rohbenzestelle werden von heute an mit je 62½ Gramm Butter beliefert. Der Preis für ein Pfund Butter beträgt 8,65 M. — Käsefabrikate und andere Waren, die regelmäßig fortlaufende Bezüge aus der Stadtstelle erhalten und denen die Mittel zum gemeinsamen Entlasten der Kartoffeln zur Beschaffung eines Winterverbrauchs zur Zeit stehen, gewähren von Vorliebe in Form von zum Kartoffelbezug bestimmten Gütern. Andere sind bis zum 15. November bei jedem Rohbenzelmischer Gashause zu holen, bei dem auch alles Rücksicht zu erfragen ist.

Dresden-Mitte. (Geldbeihilfen zur Beschaffung von Rohbenzil für Kinderbemittelte.) Kinderbemittelte kann zur Beschaffung von Rohbenzil eine einmalige geringe Prämie gewährt werden. Als Kinderbemittelte gelten Einwohner mit einem Einkommen von unter 2200 M., die eine Wohnung von nicht mehr als drei bewohnbaren Räumen (einschl. Küche und Schlafraum) bewohnen. Diejenigen Haushaltungsverhältnisse, die hiermit glaubhaft auf die Untersuchung Anspruch zu haben, werden aufgelistet. Sidi unter Vorlage des Steuerzettels und der Rohbenzestelle bis Donnerstag den 6. Oktober, mittags, im Gemeindeamt — Weidenaus — zu melden.

Reservierung. Donnerstag heißt anständiges Händler Weizen-atzes gegen Abdruck 14 der Rückenmittelstelle.

Gewerkschaftsbewegung.

Sächsisch-schlesische Technikerkonferenz.

Am Sonntag tagte in Dresden eine Obmannkonferenz der sozialen Beamten und Schichten des Bundes der technisch-industriellen Beamten, in der folgende Entscheidungen einstimmig angenommen wurden:

I. Gegen die geldigen Angestelltenvereine.

Die wirtschaftliche und soziale Hebung der Arbeiterschaft kann nur durch eine in ihren Rechten und Mithilfe von freiem Eintritt und völlig unabhängige Betriebsorganisation verbleibenden Gewerke von Unternehmensseite, durch Gründung wirtschaftlich-friedlicher Betriebsvereine Einfluß auf die Organisation der Arbeiterschaft und bilden eines der Kampfmittel des Unternehmertums gegen den wirtschaftlichen Aufstieg der Angestellten. Die am 29. September 1918 in Dresden tagende Obmannkonferenz des Bundes der technisch-industriellen Beamten nimmt mit Entschluß davon Kenntnis, daß innerhalb des Weltkrieges derartig nur durch die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterschaft ermöglichten Gründungen selber Gewerkevereine feststellen, sich durch Unternehmertypen ihre sozialen Freiheiten ablaufen und die freie Entwicklung zu unterdrücken versucht werden.

II. Zu den Einigungsbefreiungen der Techniker.

Die am 29. September 1918 in Dresden tagende Obmannkonferenz des Bundes der technisch-industriellen Beamten hält die weitreichende Fortentwicklung der deutschen Technikerbewegung für eine dringende Notwendigkeit, ist aber der Auffassung, daß eine Einigung der Technikerbewegung nicht unter Bezeichnung gewerblicher Gründungs unter Bundes erfolgen darf. Wie vom Vorstand des Deutschen Techniker-Verbandes am 1. Mai 1917 zur Verschmelzungstage beschlossene Erfahrung, daß an der organisatorischen Verbindung von Betriebsgründungen und öffentlichen Beamten auch in Zukunft nicht verzichtbar werden dürfe, ist mit unten beschriebenen Gründungen ebenso unverzichtbar, wie der in den letzten Verschmelzungstagen des D.T.V. erneut ausgesprochene Bezug auf das Streitrecht. Die einer Verschmelzung blinder eingegangenen Betriebsgründungen unzulässig ist. Bei diesen aber nicht voran hindern, auf sozialpolitisch und wirtschaftlichem Gebiet, wo immer die Möglichkeit gegeben ist, ein gemeinsames Vorstehen der beiden Organisationen herzustellen. Die Obmannkonferenz erachtet den Bundesvorstand, in Gründungen darüber einzutreten, auf welche Weise diese schon seit längerer Zeit gelebte Gemeinschaftsarbeit weiter besteht und gefordert werden kann.

Verhängung über die Feuerwehrzulagen im Haugewerbe.

Die unter Leitung des Reichswirtschaftsministers am 11. September gestaltete geheimer Vereinbarung über die Gewährung einer diesbezüglichen Erleichterungszulage bei nunmehr die Zustimmung aller beteiligten Verbände gefunden. Hieraus sind die Rohbenzölle im Haugewerbe bis Ende März 1919 bindig geregelt. Über die weitere Veränderung des Tarifverhältnisses soll gleichfalls wieder unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministers behandelt werden.

Lohnbewegung auf der Wester-Werft zu Bremen.

Die Arbeiter dieser Werft haben Forderungen auf Lohnerhöhung gestellt. Bislang hat die Direktion jedoch kein Anzeichen gezeigt. Eine von Tausenden von Arbeitern der Werft besuchte Versammlung erklärte dazu:

„Die Stellungnahme der Direktion, die vom Arbeiterausschuss überreichten Forderungen auf Erhöhung der Lohnverhältnisse, ohne jede Verhandlung abzulehnen, zwinge die Arbeiterschaft, auch über die Mitteln der Gewerkschaften und sozialpolitisches Gewerbe zu handeln, um sozialpolitisch und wirtschaftlichem Gebiet, wo immer die Möglichkeit gegeben ist, ein gemeinsames Vorstehen der beiden Organisationen herzustellen. Die Obmannkonferenz erachtet den Bundesvorstand, in Gründungen darüber einzutreten, auf welche Weise diese schon seit längerer Zeit gelebte Gemeinschaftsarbeit weiter besteht und gefordert werden kann.“

Verhängung über die Feuerwehrzulagen im Haugewerbe. Die unter Leitung des Reichswirtschaftsministers am 11. September gestaltete geheimer Vereinbarung über die Gewährung einer diesbezüglichen Erleichterungszulage bei nunmehr die Zustimmung aller beteiligten Verbände gefunden. Hieraus sind die Rohbenzölle im Haugewerbe bis Ende März 1919 bindig geregelt. Über die weitere Veränderung des Tarifverhältnisses soll gleichfalls wieder unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministers behandelt werden.

Lohnbewegung auf der Wester-Werft zu Bremen.

Die Arbeiter dieser Werft haben Forderungen auf Lohnerhöhung gestellt. Bislang hat die Direktion jedoch kein Anzeichen gezeigt. Eine von Tausenden von Arbeitern der Werft besuchte Versammlung erklärte dazu:

„Die Stellungnahme der Direktion, die vom Arbeiterausschuss überreichten Forderungen auf Erhöhung der Lohnverhältnisse, ohne jede Verhandlung abzulehnen, zwinge die Arbeiterschaft, auch über die Mitteln der Gewerkschaften und sozialpolitisches Gewerbe zu handeln, um sozialpolitisch und wirtschaftlichem Gebiet, wo immer die Möglichkeit gegeben ist, ein gemeinsames Vorstehen der beiden Organisationen herzustellen. Die Obmannkonferenz erachtet den Bundesvorstand, in Gründungen darüber einzutreten, auf welche Weise diese schon seit längerer Zeit gelebte Gemeinschaftsarbeit weiter besteht und gefordert werden kann.“

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Mag. Gott.

Brieskow. Verantwortlich für den Interessenteil: Mag. Seiffert, Dresden-Südvorstadt. — Druck und Verlag: Adenau u. Sohn, Dresden.

Telephon 14380 | A 14 | Linien 5 u. 7

Tymians Italia heater

Stralitzer Str. 6 Anfang 1 Uhr Sonn. 2 Uhr.

Nachts 4 Uhr kl. Preise. Kind 50 Pf. Donnerst. Damenkaffee!

Versammlungen wochentags in Sonnabend nachmittag.

Einführung zum Probewaschen

mit dem pastenförmigen, markenreichen, vollkommen unschädlichen, fettfreien

Waschmittel Eupolin

vom Kriessenschenkuss geschmückt unter Nr. 2002.

Donnerstag den 3. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschafts-Saal, Ostra-Allee.

Hausfrauen, erscheint zahlreich! **Zutritt frei!**

E. de Haen, Chemische Fabrik „List“, G. m. b. H., Abteilung Waschmittel, Hamburg 36

Allein-Verkauf für die Kreishauptmannschaften Dresden und Bautzen: Hamburger Strasse 44 Dresden Fernsprecher 17151

Dresdner Hofbrauhaus - Biere

sind wohlgeschmeckend und bekömmlich!

Bräcker & Riedel, Gebr. Alten 26 b Tel. 15272

Wein- und Wollwaren, Ferd. Ed. Müller, Wein- u. Stoff-Fabrik, 1994 1 Tel. 15272

Praktischer Wegweiser u. empfehlenswerte Geschäfte

Dresdner Beerdigungs-Anstalten Pletz u. Heimkehr Am See 26 Bautznerstr. 77

Franz, Farben, Annenstr. 21, Bautznerstr. 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 34



Küche „Irmgard“

Büfett, Tisch, 2 Stühle, aufklappbare Bank, Rahmen und Handtuchhalter

Tisch, Büfett, Stuhl und Bankplatte mit Linoleum belegt, Schranksockel ebenfalls mit Linoleum

In 3 Ausführungen:

Ausführung I. weiß lackiert:

725.00.

Ausführung II. grau lackiert, blau abgesetzt:

685.00.

Ausführung III. naturfarbig lasiert:

595.00.

Residenz-Kaufhaus

[S 179]

1 Elektromonteur

zur Instandhaltung der Licht- und Kraftanlagen
sofort gesucht.

Seckwerk Sporbitz

bei Mügeln.

Tüchtige Dreher

sofort gesucht

„Universelle“ Zigarettenmaschinen-Fabrik

J. C. Müller & Co.

Dresden-A. 28, Tharandter Str. 17

Klempner, Rohrfixloffer Kupferschmiede, Hilfsarbeiter

für direkte Marine- und Heereslieferungen sucht ein
Dresdner Maschinenfabrik u. Schiffswerft
Uebigau, Aktiengesellschaft Dresden-N.

Tüchtige Gürtler

für Beleuchtungsörper sofort gesucht.
Offeren an Friedrich Stein, München,
Maximilianstraße 30.

Schlosser, Fräser, Hobler und 1 Elektro- monteur

zur Instandhaltung unserer Fabrikleitung gesucht.

Händel & Reibisch, G. m. b. H., Straße 48/52.

Tharandter

Strasse 48/52.

sofort gesucht.

E. Kappelle, Groß-Märkten n. o. [S 48]

Poliere für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Herbedarstell. stellt ein

E. Kappelle, Groß-Märkten n. o. [S 48]

Poliere für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau

und Metallarbeiten sofort gesucht.

Georg Richter,

Chemnitz, Kaiserstraße 40. [S 48]

für Schornsteinbau